Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1920

104 (6.5.1920)

Visual Library

No. 104. Karlsruhe, Donnerstag den 6. Mai 1920. 40. Jahrg.

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Durch unsere Träger 4.— M einschl. 80 ₰ Zustellgebühr; bei Abholung in der Geschäftsstelle und in Ablagen 3.60 M; durch die Post bezogen 3.80 M, ohne Abhol- u. Bestellgebühr, monatlich. Einzelexemplar 20 ₰.

Ausgabe: Werktags mittags; Geschäftszeit: ½8—½1 und 2—½6 Uhr abends. Fernspr. Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die 1spaltige Kolonelzeile 1.— M. Die Reklamezeile 3,50 M; Bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmeschluß ½9 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Die deutsche Denkschrift zur Ablieferung der Schiffe.

Berlin, 5. Mai. (Wolff.) Die deutsche Friedensdelegation in Paris hat der Reparationskommission eine Denkschrift überreicht, worin in Ergänzung der von der deutschen Schiffahrtsdelegation bereits im März dieses Jahres übergebenen ersten Denkschrift gezeigt wird, wie groß die Einfuhr der für Deutschland lebenswichtigen Rohstoffe vor dem Kriege war und wie sich diese Einfuhr nach dem Kriege infolge der Wirkung des Friedensvertrags einschränken mußte. Für den Transport dieser Mengen von Rohstoffen würden bei strikter Durchführung des Friedensvertrags 700 000 Tonnen Schiffsraum fehlen. In der Erwartung, daß die Hälfte hiervon irgendwie anderweitig verschafft werden kann, kommt die Denkschrift zu dem Ergebnis, daß, wie schon in der ersten Denkschrift beantragt wurde, Deutschland zur Vermeidung des wirtschaftlichen Zusammenbruchs 350 000 Tonnen seines eigenen, zur Uebergabe an die Alliierten bestimmten Schiffsraumes zunächst belassen werden müsse. Deutschland schlägt hierfür eine bestimmte Regelung vor.

Die deutsche Note betont zum Schlusse nochmals, daß, wenn Deutschland der geforderte Schiffsraum nicht belassen werde, das deutsche Wirtschaftsleben und die innere Ordnung Deutschlands in einer Weise gestört werden könnten, daß die Erfüllung der Wiedergutmachungsverpflichtungen in Frage gestellt, wenn nicht unmöglich gemacht werde.

Verhängnisvolle Folgen der Ablieferung.

Hamburg, 5. Mai. (Wolff.) Die Handelskammer hat an den Reichspräsidenten und die zuständigen Minister ein Telegramm gerichtet, worin sie darauf hinweist, daß bei den jetzt wieder aufgenommenen Verhandlungen in London über die Ablieferung der deutschen Handelsflotte die Schicksalsfrage auch für Deutschlands Industrie entschieden werde. Gelinge es nicht, eine große Zahl der deutschen Schiffe zurückzuerlangen, so würden die Folgen, namentlich für die werktätige Bevölkerung, vernichtend sein.

Das Programm für Spa.

Berlin, 5. Mai. (Privattel.) Nach dem „Petit Parisien" sind die französischen Regierungskreise eifrig mit der Aufstellung des Programms für die Konferenz in Spa beschäftigt. Eine der zu behandelnden Fragen geht dahin, ob von den alliierten Staaten nur Frankreich, England und Italien an der Konferenz teilnehmen sollen oder außer ihnen noch Belgien, Polen und die Tschecho-Slowakei, vielleicht sogar Dänemark, weil diese Staaten auch auf Grund ihrer geographischen Lage direkt an der Entwaffnung Deutschlands interessiert sind. Das Blatt glaubt zu wissen, daß man in Paris der Zulassung dieser Staaten an der Konferenz in Spa sympathisch gegenübersteht.

Wie „Europa Preß" erfährt, wird in Kreisen, die mit den Vorbereitungsarbeiten für die Konferenz in Spa beschäftigt sind, versichert, daß die französischen Delegierten in Vorbesprechungen mit den Alliierten versuchen werden, eine annehmbare Grundlage für die amerikanischen und neutralen Finanzkreise zu finden, damit diese die französischen Forderungen an Deutschland diskontieren oder Deutschland finanziell beistehen; dagegen werde sich Frankreich weigern, eine bestimmte Summe für die Wiedergutmachungsentschädigung, die Deutschland Frankreich schuldet festzusetzen. Es werde aber eine Abschlagszahlung mit einem „minimalen" Betrag bestimmen und diesem genügend Elastizität verschaffen, damit ein Teil der Einnahmen Deutschlands seinen Gläubigern zugute kommt und damit ehrlich die Abschlagszahlung erfolgen kann, wenn es die wirtschaftliche Lage erlaubt.

Frankreich will den Maingau noch nicht räumen.

Genf, 5. Mai. (Privattel.) Das Journal des Debats meldet: Frankreich beantragte beim Rat der Verbündeten die Besetzung Frankfurts fortdauern zu lassen, bis die deutschen Verpflichtungen des Versailler Vertrags erfüllt seien. Der „Temps" meldet, daß der französische Ministerrat am 1. Mai die letzte deutsche Note über die Räumung Frankfurts und des Maingaus abgelehnt habe. Es werde die prinzipielle Geneigtheit Frankreichs erklärt, die besetzten Städte der neutralen Zone zu räumen, sobald die rückständigen Vertragsverpflichtungen durch Deutschland erfüllt seien.

Die Franzosen in Oberschlesien.

Die „Vossische Zeitung" meldet aus Breslau, daß das Gleiwitzer französische Kriegsgericht in öffentlicher Verhandlung den französischen Alpenjäger Fesenti wegen Erschießung des Oppelner Güterbodenvorstehers Plazet zu zehn Jahren Deportation, Zwangsarbeit und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt habe. Das Blatt hofft von diesem Spruch eine Dämpfung der in Oppeln herrschenden Erregung, da sich in ihm der Wille der Entente zur Gerechtigkeit zeige. Weiter wird gemeldet, daß eine alliierte Sondermission unter Leitung des Generals Nollet auf Grund der deutschen Beschwerden nach Oberschlesien unterwegs ist.

Ratibor, 6. Mai. Die blutig verlaufenen Kundgebungen am Sonntag veranlaßten sämtliche politischen Parteien, Arbeiter-Angestelltengewerkschaften und Beamtenverbände in Ratibor, energischen Protest an die interalliierte Kommission in Oppeln zu richten, indem sie sofortige eingehende Untersuchung und Bestrafung der Urheber, sowie deren dauernde Entfernung aus dem Abstimmungsgebiete fordern.

Die Streikbewegung in Frankreich.

Paris, 5. Mai. In den Bezirken Dünkirchen und Cette haben die Hafenarbeiter den Streik beschlossen. In Brest wird der Streik fortgesetzt. In Marseille arbeiten nur einige hundert Anamiten.

Die Metallarbeiter des Seinebezirks haben sich dem Streik, der in der Confederation generale du Travail zusammengeschlossenen Gewerkschaften angeschlossen. Diese Organisation hat der Regierung eine Denkschrift überreicht, worin sie die Forderungen der streikenden Eisenbahnarbeiter, Bergarbeiter, Dockarbeiter usw. auf völlige Umgestaltung des Betriebes eingehend darlegt und für die Eisenbahnen Verstaatlichung, ferner Umgestaltung der Hafenbetriebe usw. verlangt.

Paris, 5. Mai. Marcel Cachin tritt in der „Humanité" den Behauptungen vom Nachlassen des Eisenbahnerausstandes entgegen. Mehr als 500 000 Arbeiter der hier in Frage kommenden Berufsgenossenschaften seien daran beteiligt.

Paris, 5. Mai. Nach einer Meldung der „Agence Havas" aus St. Etienne ist der Streik im Loirebecken allgemein.

Lille, 5. Mai. Die in Denain versammelten Delegierten der Grubenarbeiter des Beckens von Ancin haben beschlossen, sich dem Streike anzuschließen und haben auf den nächsten Donnerstag den Beginn des Generalstreiks der Grubenarbeiter dieses Beckens festgesetzt. Das streikende Stationspersonal hat am Dienstag abend die Wiederaufnahme der Arbeit für Donnerstag beschlossen.

Streikbewegung in Italien.

WTB. Mailand, 5. Mai. Der „Secolo" berichtet, daß in Via Reggio und in Livorno der Generalstreik ausgerufen werde. In den beiden Städten kam es zu schweren Zusammenstößen zwischen der Menge und der Polizei, wobei es einen Toten und mehrere Verwundete gab. Mehrere Waffenlager wurden gestürmt und geplündert. Weiter wird berichtet, daß der Streik der Bahnangestellten in ganz Italien fortdauere, desgleichen die Obstruktion der Post-, Telephon- und Telegraphenangestellten, wodurch der Verkehr schwere Hemmungen erfährt. Die Regierung bemüht sich um die Beilegung der Differenzen.

Dänische Besetzung von Nordschleswig.

Berlin. Einer Meldung des „Berliner Lokalanzeiger" zufolge ist die für gestern angekündigte Besetzung der ersten Zone durch dänische Truppen erfolgt. Um 9 Uhr trafen 250 dänische Infanteristen in Tondern ein. Um ½12 Uhr legte ein Dampfer mit 2 Kompagnien in Hadersleben an und um 12 Uhr brachte das dänische Küstenpanzerschiff „Olfert Fischer" die für Sonderburg bestimmten Truppen. In allen Städten war für einen festlichen Empfang gesorgt worden, an dem auch die englischen und französischen Besatzungstruppen teilnahmen.

Preissenkungen.

Berlin, 5. Mai. Nach Zeitungsmeldungen machen sich auf der Frankfurter Messe Preissenkungen vielfach bemerkbar. Es zeigt sich eine Geschäftsstockung, weil das Preisniveau infolge Besserung der Valuta erschüttert wurde, und weil noch nicht zu übersehen ist, wie weit auf den einzelnen Gebieten der Preisabbau an den Rohstoffmärkten auf die Fabrikate sich fortpflanzen wird. Für Leder und Schuhe, bei denen Preissenkungen von 40 bis 50 % vorgenommen wurden, konnten jetzt zu den ermäßigten Preisen nur ganz geringe Umsätze erzielt werden.

Eine italienische Studienkommission geht nach Rußland.

WTB. Mailand, 6. Mai. Nach einer Meldung des „Secolo" begeben sich unter Leitung des Direktors des „Avanti" demnächst einige Abgeordnete der sozialistischen Partei nach Rußland, um sich an Ort und Stelle über die wirklichen Lebensverhältnisse des Landes zu unterrichten, und zu versuchen, die Grundlagen für die Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen zu Sowjetrußland zu schaffen. Die Abordnung wird sich auf dem Seewege über Reval nach Rußland begeben.

Kleine Nachrichten.

Lebendig begraben ließ sich zur allgemeinen Verwunderung des Publikums ein 39 Jahre alter Artist Meiendorf in einer Schaubude auf dem Rummelplatz zu Neukölln. Unter großem Beifall der Schaulustigen buddelte er sich dann nach kurzer Zeit wieder selbst aus seinem Grabe heraus. Am anderen Abend um 9 Uhr hatte er sich wieder begraben lassen und erwartungsvoll harrte das Publikum auf seine Auferstehung. Aber vergeblich. Als man das Grab aufgeworfen hatte, fand man den Artisten tot auf. Er war im Grabe erstickt.

Neue Lohnforderungen der Bergarbeiter. Der Tarifvertrag für den Ruhrkohlenbergbau ist, wie die „V. P. N." von zuständiger Stelle erfahren, von den Bergarbeiterorganisationen zum 31. Mai gekündigt worden. Es werden Lohnforderungen gestellt, und zwar mit Wirkung vom 1. Mai, die für die Arbeiter unter Tage eine Erhöhung von 8 Mk. pro Schicht vorsehen, außerdem eine Erhöhung des Kindergeldes.

Sie war „guter Hoffnung". Man schreibt dem „Mainzer Anzeiger": In einem rheinhessischen Bahnhofe fiel der Nahrungsmittelpolizei die übermäßige Beleibtheit einer älteren Dame auf. Auf die Frage der Hermandad über die Ursache der Korpulenz kam die schüchterne Antwort: „Ich bin guter Hoffnung". „Wir sind es auch," sagten die Polizisten und ließen die Dame durch eine Hebamme diskret untersuchen. Ohne Geburtswehen wurde die Entbindung von — zehn Pfund Butter vorgenommen. Mutter und Butter befinden sich wohl.

München, 5. Mai. Die Münchener Bankangestellten sind heute in den Streik getreten. Die Streikbewegung breitet sich über ganz Bayern aus, doch ist der Streik bis jetzt nicht allgemein.

Der Wahlaufruf der Lüge.

Der soeben erschienene Wahlaufruf der Deutschnationalen ist ein Dokument widerlichster Demagogie und Heuchelei. Eine Wählerschaft, die auf so plumpe Agitationslügen hineinfiele, wäre zu bedauern und bewiese damit lediglich ihre Unreife zur politischen Selbstverwaltung.

Der Wahlaufruf erhebt gegen die Mehrheit der Nationalversammlung und die Koalitionsregierung den Vorwurf, daß sie über das deutsche Volk den Schmachfrieden von Versailles gebracht hätte. Welch niederträchtige Heuchler! Am 8. August 1918 begann die deutsche Niederlage. Seit jenem Tage war das Schicksal nicht mehr aufzuhalten, das der Uebermut deutschnationaler Parteigötzen und militärischer Halbgötter über unser armes Volk gebracht hat. Erst als Ludendorff sechsmal an einem Tage dringend telephoniert hatte, es dürfe mit der Friedensbitte an Amerika keinen Tag länger mehr gewartet werden, erst da wurde am 4. Oktober 1918 die Regierung Prinz Max gebildet. Die Generäle selbst hatten die deutsche Demokratie gerufen, damit sie die vollständige Vernichtung von Deutschland abwende, nachdem Reaktion und Militarismus, Monarchie und Maulheldentum Deutschlands Kraft in endlosem Krieg verwüstet und restlos aufgebraucht hatten. Was wir leiden, ist Schuld der alten Kriegsverbrecher; wenn überhaupt noch ein Deutscher lebt, wenn überhaupt noch eine deutsche Stadt frei vom Feinde ist, Verdienst der Revolution, der Sozialdemokratie, der Koalition.

Der Wahlaufruf der Lüge beschuldigt die Regierung, Arbeitslust, Arbeitsfrieden und Produktion untergraben, Wirtschaftsleben und Geldstand verwüstet, unsere Wirtschaftsreserven verschleudert zu haben. Abscheuliche Verdrehung der Wahrheit! Das deutsche Geld hat heute am internationalen Markt bereits wieder mehr als den doppelten Wert, den es zur Zeit des tiefsten durch die deutschnationalen Strauchritter und Strauchdiebe verschuldeten Niederganges gehabt hat. Die Arbeitslosigkeit ist trotz des deutschnationalen Lieferungsstreiks in Lebensmitteln ständig zurückgegangen, die Produktionsleistung dreimal so groß wie nach dem katastrophalen Zusammenbruch der letzten Junkerregierung. Und die Erholung wäre schon viel weiter fortgeschritten, wenn nicht die **deutschnationalen Putschverbrecher sie aufgehalten hätten.**

Der deutschnationale Wahlaufruf ist ehrlich (oder eisenstirnig frech) genug, kein Wort der Verurteilung gegen die Kapp-Lüttwitz und Traub zu sagen. Ueber deren brutalen Ueberfall auf die Verfassung und die Demokratie sagt die Deutschnationale Volkspartei nur das eine:

> „Durch Mißachtung der Verfassung und Mangel an gutem Willen gegenüber berechtigten Forderungen hat die Regierung den Putsch vom 13. März verschuldet."

Mißachtung der Verfassung? Nach dem deutschnationalen Phrasengebrauch soll sie wohl darin bestehen, daß die Regierung erst im Herbst wollte wählen lassen. Jetzt wählen wir mit einer List für das ganze Reich unter Ausschaltung von Oberschlesien, Ostpreußen, Westpreußen und Schleswig-Holstein, und der Unsinn dieses verfrühten Wahltermins ist so groß, daß bei seiner Festsetzung die — Deutschnationalen beantragt haben, doch lieber erst im Herbst zu wählen!

Die berechtigten Forderungen (des Generals v. Lüttwitz), welche die Regierung abgelehnt hat, bestanden unter anderem bekantlich darin, die von der Entente geforderte Beschränkung der Heereszahl abzulehnen. Es sollte also neuer feindlicher Einmarsch und neue Blockade über uns gebracht werden. Das wollen die Deutschnationalen!

Unter den Forderungen, welche diese Partei der Niedertracht und Lüge aufstellt, steht voran: „Eine feste, würdige äußere Politik." Man kennt die deutschnationale Außenpolitik vom Prinzen Joachim Albrecht her, der die französische Delegation im Hotel Adlon mit Sektgläsern bewarf, man kennt sie vom Geschrei der Alldeutschen und der Vaterlandspartei. „Berufung der besten Fachmänner und Köpfe in die Regierung." Es sollen also Traub, Jagow, Bredereck zurückgeholt werden. Helfferich soll als Reichsfinanzminister die leichtfertigste Lumperei wieder mit dem monumentalen Satze entschuldigen, die Feinde würden schon alles bezahlen, und Hugenberg soll als Reichswirtschaftsminister dafür sorgen, daß dem Kohlensyndikat und dem Stahlwerksverband kein Wucherhärchen gekrümmt wird. Das natürlich fordert der deutschnationale Wahlaufruf „Freie Wirtschaft", und die Freiheit dieser Wirtschaft besteht bekanntlich in der Freiheit des Profits für die Besitzenden und in der Freiheit des Verhungerns für alle Arbeiter, Angestellten und Beamten.

Antisemitische Redensarten geben dem deutschnationalen Wahlsalat die nötige Würze. Der christliche Geist wird aufgerufen zum Kampf „gegen die seit der Revolution immer verhängnisvoller hervortretende Vorherrschaft des Judentums in Regierung und Oeffentlichkeit." Wo sind die eigentlichen regierenden Juden? Im Reichsministerium — keiner! Im preußischen Staatsministerium — keiner! Im bayerischen Staatsministerium — keiner! Im sächsischen Staatsministerium — keiner! Wie gedenken sich übri-

wens die deutschnationalen Demagogen zu verhalten, wenn zufällig einmal ein Jude auf irgend einem Gebiet „der beste Fachmann" ist? Welchen ihrer Programmpunkte werden sie dann zuerst aufgeben?

Der deutschnationale Wahlaufruf stellt einen Höhepunkt giftigster Verleumdung und schmutzigster Unwahrhaftigkeit dar. Wie unehrlich diese politischen Kapp-Banditen sind, geht daraus hervor, daß ihr Wahlaufruf kein Wort über die Wiederherstellung der Monarchie enthält. Aber am Tage seines Erscheinens bringt die „Deutsche Tageszeitung" in einem ganzseitigen Bild Kaiserkrone und Kaisermantel mit der Ueberschrift: „Der Teufel hat's zertrümmert — Deutscher Aar hol's wieder!" Eine Partei, die ihren Hauptprogrammpunkt im Wahlaufruf verschweigt, charakterisiert sich dadurch selbst so vollständig, daß es keines weiteren Wortes bedarf. Die Deutschnationale Volkspartei ist die Partei der Lüge und der Verstellung, die Partei der Reaktion und der alten Unterdrückung. Ihr Ziel besteht darin, **das Volk durch Betrug und Gewalt wieder in das Joch der alten kleinen Herrscherschicht von Junkern zu beugen.** Auf dem Altar dieser Junkerpolitik wollen sie den Rest von Deutschlands Lebenskraft und Lebensmut opfern. Kein Wort des Kampfes gegen diese unerschütterlich freche Bande ist zu scharf. Ueber allen Zielen des Gewinns der eigenen Partei steht für diesen Wahlkampf das eine Ziel: **Schonungsloser Vernichtungskampf gegen Deutschlands Verderber, welche die Worte „deutsch" und „national" schänden.**

Politische Uebersicht.

Von den Kommunisten.

Die Kommunistische Partei hat sich vor kurzem gespalten; es besteht nun die alte Kommunistische Partei Deutschlands, auch Spartakusbund genannnt, und die neue Kommunistische Arbeiterpartei, die von Lauffenberg geführt wird und eigentlich anarchistisch ist. In den letzten Tagen hat eine heftige Auseinandersetzung zwischen Organen dieser Parteien stattgefunden. Die „Kommunistische Arbeiterzeitung" in Hamburg hat in einem Artikel, gezeichnet von Lauffenberg und Wolffheim, einen scharfen Ritt gegen Paul Levi unternommen, den Führer des Spartakusbundes. Er habe aus seiner Partei eine Gesellschaft **mit beschränkter Haftung zur Korrumpierung der deutschen Revolution und zur Finanzierung des Bürgerkrieges gemacht,** sei ein Spitzel usw.

Interessanter als diese Töne ist eine andere Aeußerung des Artikels, wo es heißt:

„Wir haben noch nie das Vergnügen gehabt, mit dem **General von Lettow-Vorbeck** uns über die Politik der Gegenwart auseinandersetzen zu können. Dagegen haben wir selbstverständlich die wenigen uns gebotenen Gelegenheiten benutzt, in Vorträgen auch vor militärischem Publikum die kommunistischen Ideen zu entwickeln. **Wir haben in diesen Vorträgen keinen Zweifel darüber gelassen, daß die Forderung nach der Bewaffnung der Arbeiterklasse gleichbedeutend ist mit der Forderung der Entwaffnung der Reichswehr. Daß die zu schaffende Rote Armee** unter der Kontrolle proletarischer Organe aus betriebsweiser Rekrutierung hervorgehen müsse, ist gleichfalls deutlich zum Ausdruck gebracht worden. **Die selbstverständliche Tatsache, daß die Bewaffnung des ganzen deutschen Proletariats gleichbedeutend ist mit der Wiederaufnahme der bewaffneten Auseinandersetzung mit dem anglo-amerikanischen Finanzkapital und seinem französischen Degen bedurfte vor der militärischen Zuhörerschaft keiner besonderen Erklärung. . . ."**

Man kann sich wirklich nicht wundern, daß Militaristen eine gewisse Seelenverwandtschaft bei solchen Arbeiterkreisen empfinden. Die „Rote Fahne" des Spartakusbundes hat auf jenen Angriff erwidert, daß die Gruppe Lauffenbergs eine Partei sei, die dem Proletariat die Macht nicht durch dessen Kraft, sondern durch **Erguaunerung im Wege des Feilschens mit den Kapp-Offizieren"** erwerben wolle, und sie hat einige charakteristische Aeußerungen angeführt. Die Berliner „Kommunistische Arbeiterzeitung" schrieb, das Proletariat solle den Mut haben, die politische Macht zu übernehmen; „diese Gewalt wird heute schon frei ausgeboten, das Proletariat braucht nur zuzugreifen". Und der Fraktionsredner der Kommunistischen Arbeiterpartei in der Vollversammlung der revolutionären Betriebsräte Berlins, Jung, sagte öffentlich vor tausend Arbeitern: **„Man kann die bewaffnete Macht kaufen. Das Proletariat braucht nur zuzugreifen."**

* * *

Auf den Artikel Wolffheims und Lauffenbergs, der Levi der Spitzelei bezichtigt, erwidert die „Rote Fahne" mit einem Sack voll gleichgerichteter **Gegenanschuldigungen. Wolffheim und** Lauffenburg werden als **„unzurechnungsfähig"** und **„reif für den Psychiater"** bezeichnet. Gegen beide werden folgende Anschuldigungen ins Feld geführt:

1. Wolffheim und Lauffenberg haben **nicht nur Vorträge vor Offizieren** gehalten, sondern wiederholt **mit Offizieren verhandelt** und diese Tatsache **in einer Hamburger Mitgliederversammlung zugeben müssen.**

2. Als Ergebnis dieser Verhandlungen ist die Erste Kommunistische Adresse an das deutsche Proletariat von Wolffheim und Lauffenberg herausgegeben worden. Dort wird der revolutionäre **Burgfrieden mit der Bourgeoisie verlangt zum Zwecke der Kriegsführung gegen die Entente.**

3. Lauffenberg hat wiederholt in der **K. A. Z. unter dem Pseudonym Ehrler** für den **Nationalbolschewismus Propaganda** gemacht und, im Widerspruch mit dem ABC des Marxismus, in ermüdender Breite die Möglichkeit **künftiger Kriege zwischen sozialistischen Gemeinwesen** erörtert.

Um die kommunistische Gefolgschaft kann es einem leid tun. Sie ist ihres Lebens nicht mehr sicher. Ob sie nun zur K.P.D. oder zur K.A.P.D. geht, bald wird Levi, bald wird Lauffenburg ihnen beweisen, daß sie im geheimen Einvernehmen mit der Gegenrevolution stehen.

Am Donnerstag abend veröffentlichte die „Rote Fahne", das Zentralorgan der K.P.D., einen Leitartikel über das **neue Parlament,** in dem sie zu folgendem Ergebnis gelangt:

Das **Parlament ist unfähig,** der Revolution zu dienen. **Deshalb muß die Revolution über es hinwegschreiten.**

Das Parlament, über das die Revolution hinwegschreiten soll, ist aber nicht etwa die verflossene Nationalversammlung, sondern der neue Reichstag. Diesem wird ein Mißtrauensvotum auf Vorschuß ausgestellt.

Am Freitag früh, zwölf Stunden später also, veröffentlicht die „Rote Fahne" so harmlos, als habe sie nie etwas Antiparlamentarisches gesagt, die — **Reichswahlliste der K.P.D.,** an deren Spitze Klara Zetkin, Dr. Levi, W. Pieck und F. Heckert stehen. Was werden diese wohl dazu sagen, wenn man einfach mit revolutionärem Tritt über ihre Köpfe hinwegschreiten wird?

Die Renten der Kriegsopfer.

Das neue **Reichsversorgungsgesetz** bestimmt die Renten für **Kriegsbeschädigte** nicht wie das bisher geltende Mannschaftsversorgungsgesetz nach dem Dienstgrad, sondern nach dem Grade der **Erwerbsbeschränkung** des Beschädigten. Verheiratete und Väter erhalten besondere Zulagen. Nach dem alten Gesetz erhielt ein bis zu 20 Prozent in seiner Erwerbsfähigkeit beschränkter Gemeiner 479, ein Unteroffizier 496, ein Sergeant 529, ein Feldwebel 580 M, einschließlich Teuerungszulage. Das **neue Gesetz** sieht vor: 480, 600 und 720 M, die sich durch Ortszulage auf 567, 720 oder 864 M erhöhen. Der verheiratete Beschädigte und Vater eines Kindes erhält 528, 660 oder 792 M und entsprechende Ortszulagen, ein Vater von vier Kindern 672, 840 oder 1008 M, mit Ortszulage 806, 1008 oder 1210 M. Um 50 Prozent in ihrer Erwerbsfähigkeit Geschädigte erhalten in Zukunft anstatt 1008, 1050, 1134 oder 1260 M, einschließlich verschiedener persönlicher Zulagen 1584, 1980 oder 2376 M. Die Kinderzulage ist entsprechend gestaffelt. Dem mehr als 90 Prozent Erwerbsbeschränkten billigte das alte Gesetz in der höchsten Stufe 2268 M zu. Nach dem neuen Gesetz wird er auf dieser Stufe 5616 M, als Vater eines Kindes 6178, als Vater von vier Kindern 7862 M erhalten.

Die **Verstümmelungszulagen** sind ebenfalls entsprechend erhöht, ebenso die Renten für **dauernd Hilfslose;** diese betragen für einen Vater von vier Kindern 9062 M.

Alle diese Renten sind für **normale wirtschaftliche Verhältnisse** berechnet; für die **Uebergangszeit** sind veränderliche **Teuerungszulagen** vorgesehen. Die neue Regelung stellt also, auch wenn sie die Rentenempfänger zu peinlicher Wirtschaftlichkeit zwingt, eine bedeutende Verbesserung der Versorgung dar, da sie ihnen die Stabilisierung der Lebenshaltung wieder gestattet, deren ständige Gefährdung infolge der schwankenden Höhe der Renten und Zulagen bisher den meisten Kriegsbeschädigten eine erbitternde Sorge war. Dem Reich erwächst aus dem neuen Gesetz eine jährliche **Ausgabe von 4 178 000 000 M; für einmalige Abfindungen** wird es voraussichtlich **266 Millionen** zu zahlen haben.

Arbeiterwähler aufgehorcht!

In unserm Freiburger Parteiorgan, der „Volkswacht", lesen wir:

Wie uns von verschiedenen Seiten glaubhaft versichert wird, machte Minister Hummel in der am letzten Mittwoch abend im Paulussaal stattgefundenen demokratischen Versammlung u. a. auch folgende bemerkenswerte Ausführungen:

Es ist das Verdienst der demokratischen Partei, daß in der Frage der Sozialisierung so gut wie nichts geschehen ist. Die demokratische Partei ist die Partei des Unternehmertums. — Ein paar tausend jugendliche wildgewordene Soldaten haben die Revolution gemacht.

Herr Minister Hummel hat damit die demokratische Partei nicht schlecht photographiert. Das arbeitende Volk ist dem demokratischen Minister Dank schuldig für seine freimütigen Bekenntnisse. Die Wähler und Wählerinnen des Arbeiterstandes wissen nun, was sie von der demokratischen Partei zu halten haben. Sie wahren ihre Interessen bei der Reichstagswahl einzig und allein durch die Abgabe eines sozialdemokratischen Stimmzettels.

Die unbequemen Erfolge.

In der Frage der Rückgabe der Kriegsgefangenen, des Verzichts auf die Auslieferung der Kriegsschuldigen und der Zulassung zu den internationalen Beratungen, welch letztere jetzt durch die Beschlüsse von San Remo erfolgt ist, hat die Leitung der deutschen Außenpolitik durch die Sozialdemokraten Hermann Müller und Dr. Adolf Köster ihre ersten bescheidenen aber symptomatischen wichtigen Erfolge erzielt. Gerade dies ist den Deutschnationalen unbequem. Je deutlicher sich zeigt, daß die alte Feudalwirtschaft Deutschland ins Unglück gestürzt hat und daß nur eine ehrlich demokratische Politik die Fesseln des Versailler Friedens allmählich lockern und lösen kann, desto schwieriger wird ihre aussichtslose Demagogie. Infolgedessen bemühen sich alle deutschnationalen Blätter um die Wette, die Beschlüsse von San Remo in ihrer Bedeutung herabzusetzen. Und doch müssen sie unmittelbar zur Folge haben, daß Deutschland künftig nicht mehr ein bloßes Objekt der internationalen Gesetzgebung ist, sondern ein vollberechtigtes Glied des Völkerbundes wird.

Genau so wenig wie in der Wirtschaft lassen sich in der internationalen Politik die Folgen der verbrecherischen Methoden des alten Regimes von einem Tage zum anderen aus der Welt schaffen. Man mag die wüsten Wanderungen des deutschen Volkes auf zehn oder 30 Jahre schätzen, in jedem Falle werden wir noch viel zu leiden haben und viel Geduld aufbringen müssen, bis die deutsche Wirtschaft wieder normal funktioniert und das deutsche Ansehen in der Welt einigermaßen wieder hergestellt ist. Aber alle reaktionären Dewaltstreiche können diesen Wiederaufbauprozeß nur aufhalten ohne jeden Appell an eine Gewalt, die wir gar nicht mehr haben, die Wucht unserer moralischen Gründe nur abschwächen. Deshalb ist die **deutschnationale Radaupolitik Deutschlands schwerste Schädigung, und die sozialdemokratische Politik,** welche alle deutschen Interessen wahrt, **aber nur auf Recht und Vernunft sich stützt, Deutschlands einzige Rettung.** Je klarer das durch die Tatsachen selber wird, desto weniger wird die deutschnationale Demagogie der nationalistischen Schlagworte verfangen.

Abg. Emanuel Wurm †.

Berlin, 4. Mai. Der unabhängige Abg. Emanuel Wurm ist gestern gestorben. In der Nationalversammlung vertrat er den 36. Wahlkreis. Die „Freiheit" widmet ihm einen längeren Nachruf und nennt ihn einen der besten, kenntnisreichsten und tüchtigsten Führer der U. S. P. Vom 14. November 1918 bis 20. Februar 1919 stand Wurm an der Spitze des Reichsernährungsministeriums.

Badische Politik.

6 Millionen Mark für die Erwerbslosenfürsorge

fordert das badische Arbeitsministerium in seinem Voranschlag. In der Sitzung des Haushaltsausschusses fand ein Zentrumsredner diesen Betrag zu hoch. Ihm entgegnete ein Sozialdemokrat, daß man sehr froh sein müsse, wenn diese Summe ausreiche, denn es scheine, daß die Arbeitslosigkeit in den nächsten Monaten leider wieder anschwelle. Der Arbeitsminister war glücklicherweise in der Lage, gegenüber dem Vorjahre eine erhebliche Abnahme der Zahl der Arbeitslosen feststellen zu können. Es wurden gezählt am 3. Juli 1919 11 700 Arbeitslose, 15. September 13 300, 11. Januar 1920 8278, 7. März 5310 und 18. April 4649. Verhältnismäßig noch stärker zurückgegangen ist die Zahl der weiblichen Arbeitslosen, nämlich von 2034 im Jahre 1919 auf 671 in diesem Jahre. Den größten Anteil an den Arbeitslosen hat Mannheim. Dort zählte man 16. Juli 1919 5600, 25. Januar 1920 2600 und 18. April 1706 Arbeitslose. Die Stadt Pforzheim hat die wenigsten Arbeitslosen; viele Arbeitslose hat Kehl, weil die dortigen Arbeiter im französischen Straßburg nicht mehr beschäftigt wurden.

Es wurde noch durch den Arbeitsminister auf den Beginn der Arbeiten zur Neckarkanalisierung aufmerksam gemacht; man glaubt dadurch viele Arbeitslose aus Heidelberg und Mannheim beschäftigen zu können. Die Position wurde ausgesetzt.

Väter und Söhne.

Roman von Iwan Turgenjeff.

17

„Ich will dem nicht widersprechen," unterbrach ihn Basaroff; „ich bin sogar bereit, einzuräumen, daß Sie diesmal recht haben."

„Und wenn ich recht habe . . ."

„So ist damit nichts bewiesen."

„Absolut nichts," bestätigte Arkadi mit der Sicherheit eines erfahrenen Schachspielers, der einen offenbar gefährlichen Zug seines Gegners voraussieht, sich aber dadurch keineswegs aus der Fassung bringen läßt.

„Wie so nichts bewiesen?" fragte Paul Petrowitsch erstaunt. „Ihr stellt euch also in einen Gegensatz zu eurem Volke?"

„Und wenn wir das täten? Das Volk glaubt, daß wenn es donnert, der Prophet Elias im Himmel spazieren fahre. Nun, muß ich darum ebenfalls diesen Glauben haben? Und dann: Sie sagen, unser Volk sei russisch, und ich — bin ich es vielleicht weniger?"

„Nein, nach allem, was Sie soeben gesagt, sind Sie kein Russe! Ich kann Sie nicht als einen solchen anerkennen!"

„Mein Großvater führte den Pflug," antwortete Basaroff mit hochmütigem Stolz. „Fragen Sie den ersten besten Ihrer Bauern, wen von uns — ob Sie, ob mich — er am liebsten als seinesgleichen anerkennt. Sie verstehen ja nicht einmal mit ihm zu reden."

„Und Sie, der Sie mit ihm zu reden verstehen — Sie verachten ihn."

„Warum nicht, wenn er es verdient! Sie tadeln die Richtung meiner Gedanken — aber wer hat Ihnen denn gesagt, daß sie eine zufällige ist und nicht ein Ausfluß eben jenes Volksgeistes, in dessen Namen Sie so sehr in Harnisch geraten?"

„Wie, die Nihilisten sollten sogar notwendig sein?"

„Ob sie notwendig sind oder nicht — das zu entscheiden ist nur unsere Sache. Aber Sie halten sich ja doch ebenfalls nicht für ein unnützliches Glied der Gesellschaft!"

„Meine Herren, meine Herren, bitte, keine Persönlichkeiten!" rief Nikolaus Petrowitsch und stand auf.

Paul Petrowitsch lächelte, legte seinem Bruder die Hand auf die Schulter und nötigte ihn sich wieder zu setzen.

„Beruhige dich nur," sagte er. „Ich werde mich nicht vergessen, und zwar kraft jenes Gefühls der Würde, das der Herr — Doktor so grausam verhöhnt. Erlauben Sie," fuhr er fort, sich wieder an Basaroff wendend, „Sie glauben vielleicht, Ihre Ansichten seien neu? Da sind Sie im Irrtum. Der Materialismus, den Sie predigen, war schon mehr als einmal Mode, und noch immer hat er sich als lebensunfähig erwiesen . . ."

„Schon wieder ein Fremdwort!" unterbrach ihn Basaroff. Er begann ärgerlich zu werden und sein Gesicht hatte eine kupferähnliche unangenehme Farbe angenommen. „Zudem muß ich Ihnen sagen, daß wir nicht predigen; das ist nicht unsere Gewohnheit . . ."

„Was tut ihr denn?"

„Ich will's Ihnen sagen. Zunächst haben wir damit begonnen, die Aufmerksamkeit zu lenken auf die Bestechlichkeit unserer Beamten, auf den Mangel an Straßen, auf die Abwesenheit von Handel und Industrie und auf den elenden Zustand unserer Justiz."

„Ja, ja, ihr seid Ankläger — das ist, glaube ich, der Name, den man euch gegeben hat. Viele eurer Anklagen finde auch ich gerechtfertigt, aber . . ."

„Und dann erkannten wir bald, daß es nicht genügt zu schwatzen, immer nur zu schwatzen von den Wunden, an denen wir kranken, daß das nur zu Plattheiten und zum Doktrinarismus führt; wir sahen, daß selbst verständige Leute, wie die sogenannten Fortschrittsmänner und Ankläger, absolut nichts taugen, daß wir uns mit Albernheiten beschäftigen, wie zum Beispiel der Kunst um der Kunst willen, der sich selbst unbewußten schöpferischen Kraft, dem Parlamentarismus, der freien Advokatur und hundert ähnlichen Kindereien — während wir uns um unser tägliches Brot plagen müssen, während der krasseste Aberglauben uns erstickt, während alle unsere industriellen Gesellschaften Bankerott machen — und zwar einzig und allein aus Mangel an ehrlichen Leuten — während selbst die Aufhebung der Leibeigenschaft, mit der die Regierung sich so eifrig beschäftigt, uns vielleicht nichts Gutes bringen wird, weil unser Bauer fähig ist, sich selbst zu bestehlen, um nur in der Schenke das liebgewonnene Gift trinken zu können."

„Schön," sagte Paul Petrowitsch, „sehr schön. Das alles habt ihr entdeckt und seid doch nicht entschlossen, etwas Ernstliches zu tun."

„Und wir sind doch nicht entschlossen, etwas Ernstliches zu tun," wiederholte Basaroff finster.

Er schien sich plötzlich Vorwürfe zu machen, daß er sich vor diesem Aristokraten so weit ausgelassen."

„Und ihr beschränkt euch darauf zu schimpfen."

„Gewiß, wir schimpfen nur."

„Und das nennt man Nihilismus!"

„Und das nennt man Nihilismus," sprach ihm Basaroff wieder nach; aber diesmal in besonders herausforderndem Tone.

Paul Petrowitsch blinzelte leicht mit den Augen.

„Sehr schön," sagte er mit einer Ruhe des Tones, die etwas eigentümlich Gezwungenes hatte. „Der Nihilismus hat also den Beruf, all unsere Wunden zu heilen, und ihr seid unsere Erlöser und Helden. Herrlich! Aber warum schimpft ihr soviel auf die anderen, obgleich sie doch ebenfalls Ankläger sind? Schwatzt ihr nicht ebensogut wie alle andern?"

„Wenn wir uns einen Vorwurf zu machen haben, so sicherlich nicht diesen," murmelte Basaroff zwischen den Zähnen.

„Wie! Ihr behauptet zu handeln? Oder bereitet ihr euch nur zur Handlung vor?"

Basaroff gab keine Antwort.

Paul Petrowitsch begann zu zittern, aber er bezwang sich sofort wieder.

„Hm! . . . Handeln, zerstören . . ." fuhr er fort. „Aber wie darf man zerstören, wenn man nicht einmal weiß, warum man zerstört!"

„Wir zerstören, weil wir eine Kraft sind," bemerkte Arkadi.

(Fortsetzung folgt.)

Ferienbehandlung kränklicher Kinder.

Mit diesem sozialen Problem beschäftigte sich am Montag nachmittag nochmals der Haushaltsausschuß des badischen Landtags. Der staatliche Beitrag für die Kinder- und Säuglingsfürsorge soll von 170 000 ℳ auf 1 Million Mark erhöht werden, weil auch in diesem Jahre die Unterbringung unterernährter und erholungsbedürftiger Stadtkinder auf dem Lande eine zwingende Notwendigkeit ist. Die von der Vertreterin dieser Abteilung im Arbeitsministerium, Frl. Dr. Baum, vorgetragenen Zahlen sprechen sehr deutlich. Darnach hat man in Mannheim rund 7000, in Karlsruhe rund 5000 Kinder gezählt, welche nach ärztlicher Angabe ganz dringend einer Ferienpflege auf dem Lande bedürfen, sollen sie nicht dem dauernden Siechtum oder längerer Krankheit verfallen. Die Wirkungen der Hungerblockade und die jetzige Verteuerung aller Lebensmittel scheinen sich eben am schlimmsten bei den Kindern bemerkbar zu machen. Man hat die Absicht, wie schon im letzten Bericht bemerkt, den ehemaligen Truppenübungsplatz Heuberg für diese Zwecke in Beschlag zu nehmen. Unterstrichen wurde bei dieser Gelegenheit von sozialdemokratischer Seite, wie verkehrt vom politischen und ernährungstechnischen Standpunkt war, die Wiener Kinder in Deutschland aufzunehmen und die Kinder des eigenen Landes zum Teil darben zu lassen. Erklärt wurde von Regierungsseite allerdings auch, daß es notwendig sei, die Eltern der Ferienkinder, wenn auch in geringem Maße, zur Zahlung der Kosten der Unterbringung heranzuziehen. Der Haushaltsausschuß verhielt sich gegen die Erhöhung des budgetmäßigen Betrages nicht ablehnend, setzte aber die Position aus, weil er noch Material zu haben wünscht, wie man sich die Unterbringung der Kinder auf dem Heuberg und in sonstigen Ferienorten denkt.

Das Wahlrecht der Gendarmen. Um jeden Zweifel auszuschließen wird in einer amtlichen Pressenotiz ausdrücklich bemerkt, daß die Beamten des bad. Gendarmeriekorps nicht Soldaten wie die Angehörigen des Reichsheeres und der Reichsmarine sind, und daß daher ihr Wahlrecht nicht ruht. Es wird dafür Sorge getragen, daß hierauf bei der Anlage der Wählerlisten geachtet und alle Angehörigen des badischen Gendarmeriekorps in die Wählerlisten aufgenommen werden.

Gemeindepolitik.

Bezirkskonferenz von Gemeindevertretern.

r. **Baden-Baden**, 5. Mai. Sonntag, 2. Mai fand in Sinzheim bei Baden-Baden eine Konferenz der Gemeindevertreter unserer Partei statt, die sehr gut besucht war. Es waren vertreten: Baden-Baden, Oos, Sandweier, Haueneberstein, Balg; Gäste waren erschienen von Bühl und Varnhalt. Nicht vertreten waren Ebersteinburg und — leider — der Tagungsort Sinzheim. Als Referent war Gen. Eugen Geck-Karlsruhe erschienen. — Um ½8 Uhr eröffnete der Vorsitzende des Bezirks, Gen. Oskar Rapp-Baden-Baden die Konferenz mit herzlichen Begrüßungsworten an die Delegierten, Gäste und den Referenten. Er gab seiner Freude Ausdruck, daß der Besuch ein so guter sei. Die meisten unserer Vertreter auf den Rathäusern seien Neulinge in der Kommunalpolitik, weil wir leider früher durch das Klassenwahlrecht nicht unserer Stärke entsprechend vertreten waren. Die heutige Konferenz, der hoffentlich bald weitere folgen, sei nun berufen, diesen Mangel an Erfahrung zu beseitigen und die Genossen zu stärken in ihrer Tätigkeit. — Gen. Eugen Geck hielt nun einen fast zweistündigen Vortrag über all das, was in der Gemeindevertretung von unseren Genossen zu tun und zu lassen sei. Er berührte die Steuerfragen, die Kommunalisierungsmöglichkeiten, beleuchtete den Unterschied in der Aufstellung des Voranschlags einst und jetzt, nachdem die Steuerhoheit vollständig auf das Reich übergegangen sei und wir gewissermaßen nur noch Empfänger aus Reiches Gnade seien. Es gibt wohl kein Gebiet, weder der kleinen noch der größten Gemeinden, das Genosse Geck nicht besprach und so war es erklärlich, daß seine belehrenden Ausführungen einen tiefen Eindruck auf die Zuhörer hinterließ. In der Aussprache, an der sich eine große Anzahl der Delegierten beteiligten, kam manches Interne aus dem Gemeindeleben der einzelnen Orte zur Erörterung, auch wurden noch einige Fragen an den Referenten gestellt, die dann Gen. Geck in seinem Schlußwort beantwortete; namentlich war es noch von Interesse zu hören, wie weit die kommende neue Gemeindeordnung gediehen sei. Das badische Volk, sagte Gen. Geck, werde berufen sein, darüber in allernächster Zeit zu entscheiden, denn die Vorarbeiten seien abgeschlossen. Es werde in Zukunft nur noch eine Gemeindeordnung geben und nicht wie bisher eine solche für Städte und kleinere Gemeinden. — Es war ½7 Uhr, als Gen. Rapp mit herzlichen Dankesworten an Gen. Geck und die Delegierten die Konferenz schloß.

Soziale Rundschau.

Ländliche Wohnungspolitik.

Was so ein Dorfgemeinderat unter Milderung der Wohnungsnot versteht, das zeigt ein kleiner Vorfall, der sich Ende letzten Monats in Burbach bei Marxzell abgespielt hat. Die Gemeinde hatte im sog. Armenhaus eine Wohnung von zwei Zimmern und Küche zu vermieten. Anstatt einem bedürftigen Wohnungssuchenden, die es auch in Burbach gibt, die Wohnung zu einem angemessenen Preis zu übertragen, setzte der Gemeinderat — — — eine öffentliche Versteigerung an, die zu dem Ergebnis führte, daß die Wohnung zu einem jährlichen Mietzins von 295 ℳ einem armen Teufel zugeschlagen wurde, der mit epileptischen Anfällen behaftet ist und für sich und seine vierköpfige Familie gegenwärtig nur ein Zimmer nebst gemeinschaftlicher Küche zur Verfügung hat. Mitschuldig an dieser unerhörten Preissteigerung ist ein jetzt schon im Armenhause wohnender Arbeiter, der den Preis in die Höhe trieb, weil er auch noch diese Wohnung haben wollte. Der Preis von 295 ℳ für die „Wohnung" ist deshalb viel zu hoch, weil diese sich in einem Zustande befindet, der einen einigermaßen wohlerzogenen Hofhund abhalten würde, seine Hundestätte dafür einzutauschen. Der Fußboden in dem einen Zimmer kann z. B. nicht aufgewaschen werden, weil sonst das Wasser in den Keller laufen würde. Der Gemeinderat weigert sich, die Wohnung in einen menschenwürdigen Zustand zu versetzen und mutet dem Pechvogel von Steigerer, einem Kriegsbeschädigten, noch zu, dieser solle sie auf eigene Kosten herrichten lassen.

Das Gerechtigkeitsgefühl verlangt, daß das Landeswohnungsamt hier einschreitet und die Versteigerung aufhebt; ferner den Gemeinderat Burbach zwingt, die Wohnung herrichten zu lassen. Die Gemeinderäte aber, die so wenig Verständnis für die Nöte der Zeit beweisen, sollten dazu verurteilt werden, abwechselnd in dem Loche zu wohnen.

* **Für die Altpensionäre.** Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, beabsichtigt die Reichsregierung, alsbald nach Verabschiedung des neuen Besoldungsgesetzes durch die deutsche Nationalversammlung auch die Versorgungsbezüge der Altpensionäre und der Hinterbliebenen der Reichsbeamten neu zu regeln und zu verbessern. Die Länder werden voraussichtlich dem Beispiele des Reiches folgen. Baden wird in dieser Frage eine durchaus wohlwollende Stellung einnehmen und in Angleichung an die grundlegenden Vorschriften des Reiches dem bad. Landtag tunlichst bald einen Gesetzentwurf hierüber vorlegen.

Die Maifeiern im Lande.

r. **Untergrombach**, 2. Mai. Zu einem würdigen Feste des schaffenden Volkes gestaltete sich unsere diesjährige Maifeier. Morgens um 6 Uhr war Tagreveille, woran sich die Kapelle des Instrumentalvereins und die Sänger des Arbeitergesangvereins beteiligten. Anschließend folgte ein kleiner Ausflug auf den Michaelsberg. Die eigentliche Feier fand abends 7 Uhr in der Festhalle statt, wo den Festteilnehmern, dank der Mitwirkung des Turnvereins, des Arbeitergesangvereins und der Musikkapelle ein sehr abwechslungsreiches Programm dargeboten werden konnte. Ein dem Sinne des Tages entsprechendes Gepräge gab das sehr gut aufgeführte Theaterstück „Der Völkerfeiertag", sowie die Festrede des Gen. Modery. Allen denjenigen, die zum guten Gelingen des Festes beigetragen haben, sei an dieser Stelle herzlich gedankt.

Daß die Arbeitsruhe nicht einmal einigermaßen durchgeführt wurde, verdanken wir unserm Bürgermeister. Nach Aufforderung unsererseits ordnete er die Bekanntgabe an, daß der 1. Mai als gesetzlicher Feiertag zu halten sei. Warum er diese Anordnung wieder zurückzog, entzieht sich unserer Kenntnis. Wir erblicken in dem Verhalten des Bürgermeisters eine Provokation gegenüber der klassenbewußten Arbeiterschaft und werden unser Verhalten dementsprechend einrichten. Wenn auch Arbeiter, ganz besonders diejenigen, die sich bei ihren auswärtigen Arbeitskollegen nicht genug in Radikalismus tun können, es sich nicht versagen konnten, Feld- und sonstige Arbeiten zu verrichten, so ist dies sehr bezeichnend für diese Herrschaften.

Forst, 4. Mai. Mit Stolz kann die hiesige Arbeiterschaft auf die diesjährige Maifeier zurückblicken. Die ganze Veranstaltung vollzog sich in musterhafter Ordnung. Mittags Musik, Gesang, die Festrede des Gen. Kurz, abends Tanz. Starken Beifall erntete Gen. Kurz-Grötzingen für seine kernigen Ausführungen. Beide Veranstaltungen waren stark besucht, und die Arbeiterschaft hat bewiesen, daß sie auch allein imstande ist, Feste zu feiern. Die Arbeitsruhe der bäuerlichen Bevölkerung hätte etwas besser gehalten werden dürfen. Es erregte bei der Arbeiterschaft allgemeines Befremden, daß an einem gesetzlichen Feiertag im Fasselhof ein Haufen Dung versteigert wurde, was sonst an keinem Feiertag der Fall ist. Die Arbeiterschaft nimmt vorerst an, daß dieses nicht aus Mutwillen, sondern aus Versehen geschehen ist. Es wäre angebracht, daß die Regierung die Ortsvorsteher durch die Bezirksämter aufklären läßt, daß ein von ihr eingesetzter gesetzlicher Feiertag nicht durch derartige Vorkommnisse in Zukunft sabotiert wird.

g. **Bretten**, 5. Mai. Die Maifeier der Sozialdemokratischen Partei fand in den Sälen der Stadt Pforzheim statt, die überfüllt waren. Die Festrede des Genossen Funder wurde mit großem Beifall aufgenommen. Den unterhaltenden Teil hatten der Gesangverein „Sängerbund" und die freie Turnerschaft übernommen, beide Vereine legten Zeugnis von gutem Können ab. Den Schluß bildete ein Ball. — Sonntag nachmittag wiederholte die freie Turnerschaft ihre Aufführungen für die Jugend. Der reiche Beifall der Kinder lohnte die Mitwirkenden für ihre Mühe.

a. **Wöschbach**, 3. Mai. Die Maifeier wurde auch hier in würdiger Weise gefeiert; wenn auch alle Arbeiter noch nicht den Geist der Neuzeit erfaßt haben, so können wir doch durchaus mit dem Verlauf unserer Feier sehr zufrieden sein; auch die Lauen und Flauen werden einmal vom Sturmwind des Sozialismus mitgerissen werden. — Die Beteiligung am Demonstrationszuge war eine sehr gute, ebenso war der Saal zum Kühlen Grund, in dem die Feier stattfand, bis auf den letzten Platz gefüllt. Die Mitwirkenden trugen zum Gelingen der Feier ihr bestes bei. Im Mittelpunkt stand die Festrede von Gen. Aug. Philipp, Stadtrat aus Karlsruhe, der sich seiner Aufgabe bestens entledigte. Der Arbeiter-Gesang-, Musikverein, Arbeiter-Turn- und Vergnügungsverein verschönerten das Fest durch prächtige Darbietungen.

l. **Bühl**, 4. Mai. Bei Tagesanbruch durchzog die Stadtkapelle mit flottem Spiele die Stadt; um 10 Uhr fand im Rathaussaale eine allerdings schwach besuchte öffentliche Versammlung statt, in der Gen. Rinderspacher aus Hornberg über die Bedeutung des 1. Mai sprach. Besser besucht war die in der „Fortuna" abgehaltene Abendunterhaltung, bei der die geräumigen Säle kaum alle Besucher fassen konnten. Ein Genosse aus Baden unterhielt die Anwesenden durch gelungene Vorträge; auch der im März gegründete Arbeitergesangverein erfreute bei seinem erstmaligen Auftreten durch den Vortrag eines Liedes. Beim Tanz, zu dem die Stadtkapelle aufspielte, verfloß rasch die Zeit. Als Nachfeier machte die Stadtkapelle und der Arbeitergesangverein am Sonntag einen Ausflug nach der Burg Alt-Windeck, an dem sich wiederum eine große Zahl Genossen und Anhänger unserer Sache beteiligten. Leider muß festgestellt werden, daß ein großer Teil der Bevölkerung den 1. Mai nicht als Feiertag hielt, sondern der werktätigen Beschäftigung nachging, wozu die verspätete Bekanntmachung seitens der Behörden wesentlich beitrug.

t. **Oberkirch**, 3. Mai. Das Gewerkschaftskartell und die Soz. Partei Oberkirchs veranstalteten am 1. Mai, von herrlichstem Frühlingswetter begünstigt, ihre Maifeier, welche morgens 6 Uhr durch Böllerschüsse und einen Weckruf der Stadtkapelle eingeleitet wurde. Nachmittags 2 Uhr versammelten sich etwa 200 Personen am Bahnhof zu einem Festzug durch die Stadt, voran die Musik, dessen Ziel die Saal-Lokalitäten der „Stadt Straßburg" waren, wo sich das Nachmittags-Programm in glatter Weise abwickelte. Gemeinderat Gen. Swarz eröffnete die Feier durch eine kurze Ansprache, in welcher er die Erschienenen willkommen hieß. Zur Verschönerung der Feier trug der Arbeiter-Turnverein wesentlich bei. Die Festrede hielt Gen. Justizsekretär Bechner-Offenburg. Den Schluß bildeten theatralische Aufführungen unter Leitung von Herrn K. Gütlig.

Elgersweier, 4. Mai. Der 1. Mai wurde hier von den Sozialisten festlich begangen; leider gibt es aber noch Leute, die wohl an einem Wahltage ihre sozialistische Stimme zur Urne tragen, aber die Ideen des Sozialismus noch nicht so in sich tragen, daß sie auch öffentlich für sie eintreten. Wir hoffen, daß auch diese Arbeiter bald politisch so weit geschult werden, daß sie die Bedeutung unserer Sache verstehen und für sie kämpfen. Nun heißt es heraus zur Wahlarbeit. In fünf Wochen gilt es, eine schwere Wahlschlacht zu schlagen, die nur dann siegreich für uns sein kann, wenn wir unermüdlich an die Arbeit gehen. Das Fest verlief in schönster Ordnung; die Sozialdemokratie ist hier auf dem Damme.

h. **Zell a. H.**, 3. Mai. Den 1. Mai feierte hier zum erstenmale die gewerkschaftlich und politisch organisierte Arbeiterschaft der beiden Richtungen. Das neugegründete Gewerkschaftskartell hatte die Aufgabe übernommen, die Feier im Auftrage der gesamten freien Arbeiterschaft zu einer würdigen zu gestalten. Die Teilnahme am Festzuge, vor dem die Stadtkapelle vorausmarschierte, war eine sehr starke. Im Lokale selbst hatte die Stadtkapelle Zell a. H. sowie der Arbeitergesangverein Gem. Chor „Sängerlust" die Unterhaltung übernommen. Die Festrede wurde von Stadtrat Monsch-Offenburg gehalten. Wer aber glaubte, eine Festrede im Sinne des 1. Mai zu hören, der täuschte sich schwer; denn Herr Monsch hatte die Geschmacklosigkeit, statt einer Festrede eine Wahlrede für die U.S.P. zu halten. Er machte die alte sozialdemokratische Partei verantwortlich für die Spaltung. Er sprach von den Budgetbewilligungen im Reichstag und in den Landtagen, von den Kriegskrediten usw. Die gedrückte Stimmung, die nach dieser Rede unter den Festteilnehmern herrschte, wurde wieder gehoben als der Vorsitzende des Gewerkschaftskartells Gen. Gemeinderat Herrmann in trefflichen Worten darauf hinwies, wie notwendig gerade jetzt vor dem Wahlkampfe die Einigung des Proletariats wäre, denn wie frech das reaktionäre Bürgertum sein Haupt erhebe, um gerade aus der Uneinigkeit der Arbeiter für sich Nutzen zu ziehen. Im übrigen wurden die Darbietungen der Musik sowie der Arbeitersänger und -Sängerinnen mit großem Beifall aufgenommen. Den Schluß bildete am Abend im gleichen Lokale ein Tanzkränzchen.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Badischer Kunstverein.

Plastiken.

Die Bronce ist gleich anderem, zu formerischem Schöpfen verwendetem Material Beschränkungen in der Art ihrer Verwertung unterworfen und bietet zugleich unleugbare Vorzüge und die Berechtigung, Feinwerkzeuge dort zur Verwendung zu bringen, wo sie bei Inanspruchnahme anderer Werkmasse eine nicht materialgerechte Handhabung bedeuten würden. Was zurzeit der Kunstverein an plastischen Werken ausstellt, ist zwar an Zahl sehr gering, aber nach den kürzlich von einer Berliner Vereinigung gezeigten plastischen Arbeiten für Menschen mit gesunden Sinnen wie Erlösung wirkend. — Eine Figur von Hirth †, in dunkler glatter Bronce ein auf dem Brunnenrande sitzendes Mädchen darstellend, des öfteren bereits gezeigt, wirkt in ihrem Liebreiz immer wieder von neuem erfreuend.

Martin Schelenz, Karlsruhe, stellt Tierplastiken in altrömischer Polierbronce aus. Der „ziehende Hirsch" mit feiner Rechtswendung ausschreitend, ist wirklich vorzüglich in der Bewegung. Sein „Indischer Elefant" steht an Wert nicht nach. Ein Kabinettstück formerischen Können jedoch stellt der „Gnubulle" dar. Man ist förmlich versucht, in tastender Bewegung über diese Bronce hinwegzufühlen. Sie will, gleich den oben erwähnten Stücken, eingehend betrachtet werden, um zu voller Würdigung zu gelangen. Der „Vorstehhund" und die „sitzende Dogge" sind nicht minder gut, jedoch ein oft gezeigtes Motiv, so daß sie weniger auffallen. Schelenz ist kein Himmelstürmer und seine Arbeiten bewegen sich auch in räumlich bescheidenen Ausmaßen. Doch sind sie warm empfunden, das Resultat liebevoll feinster Naturbeobachtung und gründlichen anatomischen Studiums. Letztere Eigenschaft unterscheidet sie besonders vorteilhaft von vielgezeigten Arbeiten ähnlicher Art. Was Schelenz Arbeiten auch weiteren Kreisen empfehlen läßt, ist der Umstand, daß er sich mit bewundernswertem Fleiß vom einfachen Handwerker autodidaktisch zum feinfühlenden, formenden Künstler emporschaffte. Seine weitere Entwicklung wird man mit Beachtung und Interesse zu verfolgen haben. H. St.

Die Karlsruher Konzertwoche

k. Das **Klingler-Quartett** fand einen vollbesetzten Eintrachtsaal, was schließlich auch nicht anders zu erwarten war. Schöne Erinnerungen an das letzte Kammermusikfest konnte man auffrischen, als die vier Künstler, freudig begrüßt, das diesmal ungezierte Podium betraten. Schumanns a-moll-Quartett war der erste Vortrag. Dies Werk fällt in die Entstehungszeit der ersten Symphonien und trägt ganz den romantischen Charakter jener Zeit der anstrebenden reichen Schaffensperiode Schumanns. Das Intermezzo ist ein wunderbar tiefes Tonstück mit weit gespannter musikalischer Sehnsucht. Eine wahrhaft göttliche Gabe, die das Klingler-Quartett in höchster Vollendung vermittelt. Das anschließende Streichquartett in B-dur von Brahms darf wohl zu den Perlen der Brahmsschen Kammermusik gerechnet werden. Melodisch, humorvoll, entbehrt es doch nie der Straffheit im musikalischen Aufbau und des Eifers in der instrumentalen Behandlung, die der Bratsche eine besonders dankenswerte Aufgabe zuweist. Der letzte Satz ist von beglückendem Schwung und wurde, wie das Ganze, in unerreichter Vollendung vorgetragen. Immer wieder erstaunt man über die erstaunliche Herausarbeitung des geringsten Einzelzuges, die stets unter der Gesamtheit des geistigen Aufbaus der betreffenden Werke bleibt. Das Streichquartett in C von Beethoven beschloß den von seltenen Eindrücken so reichen Abend, für den das Publikum den Vieren in ehrlicher Begeisterung stürmisch Dank sagte.

Die 5. der wertvollen musikgeschichtlichen **Aufführungen des Munzschen Konservatoriums** fand am Dienstag statt. Dr. Rudolf Bellardi nahm diesmal zum einführenden Vortrag das Wort und beleuchtete nach Eingehen auf das im Programm enthaltene Violinkonzert in E-dur von Bach die übrigen Komponisten, die den Abend ausfüllten und unter denen wir für die Entwicklung der Liedform bedeutsam J. F. Reichhardt hier hervorheben wollen. Sodann wandte sich der Redner zu einem seiner Spezialgebiete, zu dem Anfang der großen Wiener Musikepoche, aus der als wertvolles Dokumen er ein Klavierkonzert von Haydn ausgegraben hat, das er am Schluß des Programms mit feiner Herausarbeitung der oft entzückenden Klangwirkungen vortrug; wie er auch dem, diesem homoformen, Werk von Wagenseil die denkbar beste und einfache Interpretierung zuteil werden ließ. Hildegard Großkopf-Schumacher trug die textlich banalen Telemannschen sehr klangschön vor. Am besten und herzlichsten gelang ihr das schottische Lied Reichardts. Eduard von Le Jeune erwies sich als sicherer, ausdrucksreicher Geiger in dem Bachschen Konzert; die Reinheit des Tons kann nicht genug hervorgehoben werden. So nahm die Veranstaltung einen äußerst befriedigenden Verlauf und das Munzsche Konservatorium kann sie entsprechend seinen bisherigen gehaltvollen Konzerten anreihen.

Max Pauers Klavierabend begegnet wieder regem Interesse. Mit dem tiefgründigen Orgelkonzert von Friedemann Bach, dem auf dem Klavier eine neue Heimstätte wurde, begann er sein gehaltreiches Programm, dessen innerliche Mitte die C-dur-Phantasie Schumanns einnahm. Mächtig war die Steigerung, die das Bachsche Werk erfuhr, entsprechend tief der Eindruck auf den Hörer. Voll reicher Poesie gaben sich die anschließenden Haydnvariationen; hier feierte wieder die wundersame Technik des Pianisten Triumphe. Wie Seidenschleier weiß er die Klänge auszubreiten; es ist bezeichnend, daß das Hinblicken auf das Podium einem den letzten Eindruck nimmt. Dann erklang das Schumannsche Werk. Den ganzen Romantiker des Klaviers weiß Pauer in wahrhaft genialer Nachschöpfung zum Eindruck zu bringen. Und es wird uns deshalb nicht schlimm angerechnet werden, wenn wir gestehen, daß nach dieser überragenden Leistung uns kein Liszt mehr locken konnte, so sehr auch der gefeierte Pianist für eine reiche poetische Ausschöpfung bürgt. Es gibt schließlich Höhepunkte, die nicht überschritten werden können; aus inneren Gründen nicht! Dieser Schumann schien uns ein solcher zu sein. Pauer ist zweifellos einer unserer Größten, und als überragendes Ereignis wird das Karlsruher Konzertpublikum diesen seinen zweiten Abend einordnen. (Schluß folgt.) k.

Aus der Partei.

S.Hagsfeld, 3. Mai. Letzten Sonntag, 2. Mai, fand im „Hirsch" die Monatsversammlung des sozialdemokr. Vereins statt, die ziemlich gut besucht war. Genosse Sorg erstattete den Bericht vom Parteitag, während der Vorsitzende, Genosse Schmidt, den Bericht von der Bezirks- und Wahlkreiskonferenz gab. An die Berichte knüpfte sich jeweils eine sachliche Diskussion; die Redner waren im allgemeinen mit den jeweils gefaßten Beschlüssen einverstanden. Den Genossen, die nicht in der Versammlung anwesend waren, sei an dieser Stelle der Versammlungsbeschluß zur Kenntnis gebracht, daß jedes eingeschriebene Mitglied zur Stärkung des Wahlfonds einen Beitrag von 10 ℳ, der in Raten bezahlt werden kann, zu entrichten hat. Mit der Aufforderung des Vorsitzenden, im Hinblick auf die bevorstehenden Reichstagswahlen alle Kräfte anzustrengen, damit wir den Wahlkampf in Ehren bestehen, wurde die interessant verlaufene Versammlung geschlossen.

Singen bei Durlach, 5. Mai. Samstag, 8. Mai, abends 8 Uhr, findet eine Mitgliederversammlung im Gasthaus zur „Krone" statt. Vollzähliges Erscheinen aller Parteigenossen ist erwünscht.

l. Zell a. H., 5. Mai. (Soz. Verein.) Freitag, 7. Mai, abends 8 Uhr, findet im Gasthaus zum „Bären" eine wichtige Mitgliederversammlung statt. Parteisekretär Genosse Pfaffendorf wird sprechen. Die Genossen werden gebeten, pünktlich und zahlreich zu erscheinen. Leser der Parteipresse und Leserinnen sind ebenfalls eingeladen.

Auenheim, 5. Mai. Die Parteigenossen werden auf die am Sontag, 9. Mai, nachmittags 5 Uhr, im „Schlüssel" stattfindende Mitgliederversammlung aufmerksam gemacht. Die Frauen unserer Mitglieder und der Gewerkschaftskollegen sind zu dieser Versammlung besonders eingeladen.

Der freie Beamte. Mitteilungsblatt der Zentralstelle für Beamtenagitation. Unter diesem Titel erscheint soeben eine neue kleine Wachenschrift, die den Zweck hat, unseren Funktionären bei der Wahlarbeit zur Unterstützung zu dienen. Das Mitteilungsblatt kostet im Vierteljahr 4 ℳ, die Einzelnummer 40 ₰. Aus dem Inhalt der Nummer führen wir an: An die deutsche Beamtenschaft. — Der Kampf um die Beamtenseele. Von Oberpostassistent Max Hernsfeld. — Die Besoldungsreform. Von A. Matuschek, Büroleiter im Reichsministerium des Innern. — Die sozialdemokratische Partei und die Beamten. Von Willy Steinkopf, M. d. R. — Aus den Parlamenten. — Aus der Partei usw. — Wir können das gut aufgemachte und reichhaltige Blatt unseren Genossen und Genossinnen unter der Beamtenschaft wie auch den sonstigen Parteigenossen nur auf das angelegentlichste empfehlen, es wird ihnen bei der Wahlarbeit ein guter Helfer sein. Auch den unserer Partei noch fernstehenden Beamten kann die Lektüre des Blattes nur empfohlen werden.

Aus dem Lande.

* **Heidelberg**, 5. Mai. In Lampenhain wurde eine 39jähr. Witwe wegen Kindestötung verhaftet. Sie ist Mutter von 7 Kindern und hatte Mitte Januar ein uneheliches Kind geboren und im Badekübel ertränkt. Die Leiche ließ sie durch ihren 16jährigen Sohn hinter dem Hause vergraben. Sie wurde jetzt ausgegraben und in das pathalogische Institut nach Heidelberg gebracht. — Auf dem Bismarckplatze starb ein junger Mann aus Freiburg nach Einnahme von Gift. — Ein Dienstmädchen hat sich aus Furcht vor Strafe mit Lysol zu vergiften versucht.

* **Rheinhausen**, 5 .Mai. Der sechsjährige Knabe des Rheinbauarbeiters Karl Hambsch 4 fand in einem Nachbarhause ein geladenes Flobertgewehr. Er machte sich daran zu schaffen und der Schuß ging los und traf das Kind so unglücklich in den Kopf, daß es sofort tot war.

Lahr, 6. Mai. Die „Lahrer Zeitung" berichtet von hohen Ferkelpreisen, die auf dem Schweinemarkt in Haslach bezahlt wurden. So mußten für 4 bis 6 Wochen alte Ferkel 500 bis 700 Mk. für das Paar, für 8 bis 10 Wochen alte 800 bis 950 Mk. für das Paar bezahlt werden.

Arbeiterrückfahrkarten zu ermäßigten Preisen werden nur an solche Personen ausgegeben, die außerhalb ihres Wohnorts mit mechanischen oder Handarbeiten beschäftigt sind, also zu den Arbeitern und Arbeiterinnen im engeren Sinne des Wortes gehören. Diese Karten werden künftig nur gegen eine vom Arbeitgeber ausgefüllte Bescheinigung, die die Polizeibehörde zu beglaubigen hat, ausgegeben. Vordrucke hierfür sind an den Fahrkartenschaltern erhältlich.

Gemüseausfuhr-Verbot. In einer amtlichen Pressenotiz wird darauf aufmerksam gemacht, daß mit Rücksicht auf den bestehenden Inlandsbedarf Gesuche um Ausfuhr von Gemüse und Gemüsekonserven jeder Art aus Baden keine Aussicht auf Genehmigung haben. Für den Absatz von Gemüse bietet sich auf den Märkten der größeren Städte reichlich Gelegenheit.

Die Verpachtung von Stockäckern auf Gemarkung Eggenstein. In der Nummer 88 unseres Blattes vom 16. v. Mts. brachten wir einen Artikel über die Verpachtung von Stockäckern auf Gemarkung Eggenstein durch die Domänenverwaltung, zu dem uns folgende Berichtigung zugeht: 1. Der Pachtvertrag, von dem die Rede ist, und in dem eine Pachtdauer von neun Jahren und ein Preis von 1.50 ℳ für das Ar vorgesehen war, wurde seinerzeit vom Domänenamt Karlsruhe vorbehaltlich der Zustimmung der Domänenabteilung des Finanzministeriums abgeschlossen. Diejer Vorbehalt ist den Pächtern vom Domänenamt bekannt gegeben worden. Da die Genehmigung der Domänenabteilung zu dem genannten Vertrage bis jetzt noch nicht erteilt worden ist, so kann auch von einem Vertragsbruch nicht gesprochen werden, wenn, wie im Folgenden näher ausgeführt ist, die besagte Zustimmung von der Aenderung der vom Domänenamt vereinbarten Vertragsbedingungen in einigen Punkten abhängig gemacht wird. — 2. Die Domänenverwaltung hat sich bis in die neueste Zeit mit außerordentlich bescheidenen Pachtzinsen begnügt. Nachdem aber die Selbstkosten des Aerars in den letzten Jahren um ein Mehrfaches gestiegen sind, und sich auch die aus dem Ertrage der Domänengüter zu bestreitenden Lasten vervielfacht haben, so ist es unvermeidlich, auch die Domänenpachtzinsen den gesteigerten Selbstkosten und dem gesunkenen Geldwert einigermaßen anzupassen. Aus diesem Grunde hat die Domänenabteilung des Finanzministeriums die Genehmigung des eingangs erwähnten Vertrages von der Bedingung abhängig gemacht, daß der Pachtzins für das zweite und dritte Jahr (nicht wie es in dem Artikel heißt, für die ersten zwei Jahre) von 1,50 ℳ auf 2 ℳ für das Ar erhöht, und daß außerdem bei der Unsicherheit der Verhältnisse, nicht zuletzt auch im Interesse der Pächter, die Möglichkeit einer Neufestsetzung der Pachtzinsen nach Umlauf der ersten drei Pachtjahre vorgesehen wird, falls bis dahin eine weitere allgemeine Preisverschiebung nach oben oder unten eingetreten sein sollte. — Bezüglich der Ausstockungsflächen ist inzwischen auf vielfach geäußerten Wunsch aus Interessentenkreisen angeordnet worden, daß die Pachtzeit künftighin allgemein auf neun Jahre festgesetzt und von einer Aenderung der Pachtzinsen während dieses Zeitraums abgesehen werden soll.

Wasserstand des Rheines.

Schusterinsel 221, gest. 38 Ztm.; Kehl 296, gest. 17 Ztm.; Maxau 456, gest. 11 Ztm.; Mannheim 356, gest. 10 Ztm.

Valuta-Bericht vom 5. Mai.

Der Markkurs in der Schweiz notierte heute etwa 10.30 Cts. Auszahlung Holland notierte etwa 20,00 ℳ per holl. Gulden; Schweiz etwa 9.75 ℳ per schw. Fr.; England etwa 210 ℳ per Pfd. Sterling; Frankreich etwa 3,34 ℳ per frz. Fr.; Neuyork etwa 54,25 ℳ per Dollar.

Aus der Stadt.

* **Karlsruhe**, 6. Mai.

Baukostenzuschüsse!

* Durch die Kriegsfolgen haben sich bekanntlich die Verhältnisse im Bau- und Wohnungsmarkt so gestaltet, daß das Bauen aus Privatmitteln aufhört. Nur ein Kriegsgewinnler, der auf Geld nicht zu sehen braucht, kann noch bauen, sonst aber Niemand. Für dringende Bauten zu Wohnzwecken will deshalb der Staat Baukostenzuschüsse geben. Dieser Zuschuß muß heute ein Mehrfaches des Ertragswertes betragen und die Verhältnisse werden von Tag zu Tag schlimmer, sodaß auch dieses Prinzip eines Tages versagen muß, wenn nicht durch neue Gesetze eingegriffen wird. Ein Einzelfall, von dem wir zufällig Kenntnis erhalten, schildert drastisch die überaus traurigen Verhältnisse. Eines der wenigen hiesigen Wohnhäuser mit Baukostenzuschuß wird z. Zt. in der Südstadt gebaut. Das Haus hat heute einen Ertragswert von etwa 50 000 ℳ und wäre vor dem Krieg für etwa 45 000 ℳ zu bauen gewesen. Auf Antrag der Bauleitung wurde vom Ministerium ein Baukostenzuschuß in Höhe von 200 000 ℳ zugesichert. Das war im Januar dieses Jahres. Durch die fortwährende lawinenartige Steigerung der Baukosten stellt sich aber nach kaum 3 Monaten heraus, daß auch mit diesem Zuchuß nicht auszukommen ist. Heute ist das Haus unter 305 000 ℳ nicht fertigzustellen. Also Erhöhung des notwendigen Zuschusses von 55 000 ℳ, d. i. 5 000 ℳ **mehr als der ursprünglich angenommene Ertragswert überhaupt.** Wenn die Erhöhung des notwendigen Zuschusses nicht schleunigst bewilligt und die Arbeit vollendet wird, wird in 4 Wochen auch dieser Betrag von 305 000 ℳ nicht mehr reichen, der schon das **Sechsfache des Ertragswertes übersteigt.** So steht es mit der Bauerei.

Abbau der Zivilangestellten bei den militärischen Abwicklungstellen.

In einer gut besuchten kürzlich stattgefundenen öffentlichen Versammlung der Zivilangestellten der militärischen Dienststellen, einberufen vom Ortskartell freier Angestelltenverbände, Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Gewerkschaft kaufm. Angestellten und Gewerkschaftsbund der Angestellten, wurde gegen eine neuerliche Verfügung zugunsten der Kapitulanten und zum Schaden der Zivilangestellten Stellung genommen. Vertreten waren außer Karlsruhe auch Ettlingen, Durlach und Rastatt. Der Referent Koll. Börner, Geschäftsführer des Ausgleich- und Abbauausschusses, unterzog die Verfügung einer scharfen Kritik. Der von Berlin ausgegangene neueste bürokratische Ausdruck „Beamten a. K." (auf Kündigung) wurde ebenfalls einer scharfen Kritik unterzogen. Unter keinen Umständen dürfen Kapitulanten gegenüber Zivilangestellten bevorzugt werden. Nach einer längeren Aussprache schloß der Vorsitzende Kollege Oberle die Versammlung mit dem Appell, sich geschlossen hinter ihre Organisationen zu stellen, nur dadurch ist es möglich, allen Verschlechterungen und Angriffen, von welcher Seite sie auch kommen mögen, Stand halten zu können. Eine Resolution, die einstimmige Annahme fand, wurde dem Heeresabwicklungsamt Berlin unterbreitet. In derselben wird einmütig Protest erhoben gegen die Verfügung über die Entmilitarisierung des Abwicklungswesens. Es wird darin sodann u. a. gefordert:

Die Verfügung Nr. 528 bis zum Abschluß des neuen M. B. G. zurückzustellen, insbesondere eine Anstellung als Beamter a. K. soweit es sich nicht um Militäranwärter handelt, die im Besitze des Zivilversorgungsscheines sind, zu unterbinden, bezw. bereits vorgenommene Personalveränderungen in diesem Sinne rückgängig zu machen. Endgültig aus dem Heeresdienst und dem Abwicklungswesen ausgeschiedene Offiziere, Militäranwärter und Kapitulanten dürfen unter keinen Umständen wieder eingestellt werden.

Bei Anstellung von Offizieren muß maßgebend sein, daß dieselben bereits im Abwicklungswesen tätig gewesen sind. Der militärische Dienstgrad darf unter keinen Umständen als Befähigungsnachweis für den oberen Beamten gelten.

Kapitulanten unter 12jähriger Dienstzeit, die nicht kriegsbeschädigt und infolge dessen nicht im Besitze des Zivilversorgungsscheines sind, sind grundsätzlich zu Zivilvertrag anzustellen. Schwerkriegsbeschädigten Zivilangestellten und solchen Kriegsbeschädigten, die auf Grund ihrer Kriegsdienstbeschädigung zur Umlernung ihres Berufes gezwungen waren, ist der Zivilversorgungsschein zuzuerkennen. Die Zivilangestellten verlangen, daß die Prüfung der Geeignetheit, Leistungsfähigkeit usw. nicht der Anstellungsbehörde allein überlassen bleibt. Die Ausgleich- und Abbau-Ausschüsse sind unter allen Umständen dabei zu beteiligen.

Oeffentliche Bewirtschaftung der Lebensmittel.

Ueber dieses sehr aktuelle Thema sprach kürzlich in einer Versammlung der Gesellschaft für soziale Reform, Ortsgruppe Karlsruhe, Regierungsrat Pfisterer vom Ministerium des Innern. Er führte in der Hauptsache aus: Ein geschichtlicher Ueberblick über die Entwicklung führt uns auf die heute vielfach vergessene Tatsache, daß Wochen und Monate vergingen, in denen wie im Frieden die Warenbeschaffung und Verteilung dem freien Spiel der Kräfte überlassen blieb. Das Angebot genügte nicht mehr zur Deckung der Nachfrage — Verminderung des Angebots durch Zurückhaltung von Vorräten, Abschnürung der Einfuhr durch die Blockade, Verminderung der Inlandsernte, da der Grund und Boden aus Mangel an Arbeitskräften und an Düngemitteln in der Ertragsfähigkeit immer mehr nachließ: demgegenüber Vermehrung der Nachfrage durch Heeresbedarf und Angstkäufe. — Da nach dem Wegfall der Einfuhr und der zunehmenden Verminderung der inländischen Erzeugung an Lebensmitteln angenommen werden mußte, daß wir alles, was wir im Innern erzeugten, zur Ernährung brauchten, kam man zu dem System der restlosen Erfassung. Eine Uebertragung der Erfassung an genossenschaftliche Verbände war namentlich in den ersten Jahren des Krieges unmöglich, da es an dem Ausbau der Genossenschaften fehlte; man übertrug die Aufgabe deshalb vorhandenen staatlichen Einrichtungen — Gemeinden, Bezirksverwaltungskörpern — denen man kaufmännische Abteilungen angliederte. So entstanden die Kommunalverbände, über die man später einmal gerechter urteilen wird; es wurde Ungeheueres von ihnen verlangt und trotz aller Fehler Großes geleistet. Die Erfassung der Lebensmittel muß sich aufbauen auf Ernteflächen und Ernteerträgnis; da für beide trotz aller Kontrollen sichere Zahlen nie zu gewinnen sind, werden immer Erzeugnisse da sein, die der Zwangsbewirtschaftung entzogen werden; sie unterliegen dem Schleichhandel.

Nach Einstellung der Kriegshandlungen war ein Wegfall der Zwangswirtschaft unmöglich, da die zur Verfügung stehenden Mengen sich nach erheblich verringert hatten — Verschärfung der Blockade, Verlust großer Vorräte im Westen, Wegfall wichtiger Versorgungsgebiete im Osten —, heute liegen sie nicht anders; an Stelle der Blockade ist der schlechte Stand der Valuta getreten, der uns die Zufuhr schärfer unterbindet, wie jede Blockade. Für Beibehaltung der Zwangsbewirtschaftung der wichtigsten Lebensmittel muß vor allem der Badener eintreten, von dessen Land nur etwa ein Drittel Acker- und Gartenland ist, und von dessen Bevölkerung weniger als ein Drittel der landwirtschaftlichen Bevölkerung angehört. Von den 68 badischen Kommunalverbänden sind deshalb noch nicht 20 in der Lage, das ganze Wirtschaftsjahr mit ihren Erzeugnissen an Brotgetreide durchzukommen; Baden ist Bedarfsland im höchsten Grade und hat seine Fehlungen an Brotgetreide und Kartoffeln Jahr für Jahr aus Preußen bekommen und höchstens einmal von seinem Ueberschuß an Obst unter unverständlicher Entrüstung der Bevölkerung einige Wagen als Gegenleistung gegeben. Wird die Zwangswirtschaft aufgehoben, so werden wir in weiten auch noch als ländlich bezeichneten Teilen unseres Landes Hungersnot bekommen, denn die Lebensmittel werden bei dem freien Spiel der Kräfte nach den kaufkräftigeren Riesenstädten und nach den großen Industriezentren fließen.

Generalversammlung des Vereins Arbeiter-Jugend. Die alljährlich nach Ablauf des Geschäftsjahres fällige Generalversammlung des Vereins Arbeiter-Jugend Karlsruhe fand letzten Donnerstag, 29. April, im Lokal „Gambrinushalle" statt. Den Geschäftsbericht über das verflossene Jahr erstattete Jugendleiter Gen. Redakteur Winter. Er konnte feststellen, daß wiederum ein tüchtiges Stück Arbeit in der Arbeiter-Jugend geleistet worden ist. Im Ganzen fanden 73 Zusammenkünfte statt, in denen gegen 40 Vorträge künstlerischer, unterhaltender oder belehrender Art gehalten wurden. Dazwischen fanden eine große Zahl Spiel-, Lese-, Unterhaltungs- und Singabende statt; in 18 Spaziergängen und Ausflügen hatte die Jugend sich körperliche Erholung in den Bergen und Wäldern der engeren und weiteren Umgebung Karlsruhes geholt. Dazu kam noch die Teilnahme an Veranstaltungen befreundeter Vereine, wie der Naturfreunde, der Arbeiter-Abstinenten, des Bildungsausschusses der sozialdemokratischen Partei, Besuch der Volksvorstellungen des Landestheaters usw., so daß der Hauptzweck der Arbeiter-Jugend, die jungen Genossen und Genossinnen weiterzubilden, zu erziehen, ihnen geistige und körperliche Erholung zu beschaffen, vollauf erreicht wurde. Mit der Aufforderung an die Jugendlichen, dem Verein auch im neuen Jahre die Treue zu wahren, ihm immer neue Mitglieder zuzuführen, schloß Gen. Winter seinen Geschäftsbericht. — Den Kassenbericht gab Genossin Hager; auch hier konnte festgestellt werden, daß die finanzielle Grundlage des Vereins eine gute ist. An die beiden Berichte schloß sich eine kurze Aussprache, in der eine Anzahl Anregungen gegeben und Wünsche vorgebracht wurden. Die Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis: Neben dem Genossen Redakteur Winter als Jugendleiter und der Genossin Hager als Hauptkassiererin wurden gewählt die Jugendgenossen Durek, Werz, Gramlich, Wernet, Kiesel und Elsa Rückert. — Die Arbeiter-Jugend geht mit frohen Hoffnungen ins neue Geschäftsjahr. Durch eigene und durch die Opferwilligkeit verschiedener Parteigenossen und Genossinnen konnte sie sich nun eine prächtige Fahne beschaffen, mit der sie bei der Maifeier zum ersten Male vor die Oeffentlichkeit trat. Sie wird auch im Wahlkampfe ihren Mann stellen und bei der Wahlarbeit mithelfen. Ihr Wunsch ist nur, daß bald in der gesamten Arbeiterschaft sich die Erkenntnis von der Bedeutung der Arbeiterjugend für die Arbeiterbewegung durchgesetzt haben möge, und daß ihr immer mehr die Söhne und Töchter der Partei- und Gewerkschaftsgenossen zuströmen.

Verein Arbeiter-Jugend. Heute abend 8 Uhr findet ein Vortrag des Genossen Stadtv. Höhn statt über „Die verschiedenen Strömungen in der Arbeiterbewegung". Da dieser Vortrag für junge Arbeiter und Arbeiterinnen besonders interessant und wichtig ist, werden nicht nur die Mitglieder der Arbeiter-Jugend ersucht, vollzählig zu erscheinen, sondern auch gebeten, Freunde und Bekannte aus Fabrik, Werkstatt und Büro mitzubringen. Außerdem werden die Karten zum Volkskonzert des Instrumentalvereins, das am nächsten Samstag stattfindet, ausgegeben.

* **Sozialdemokratische Geistesarbeiter.** Freitag, 7. Mai, abends 8 Uhr findet im Restaurant Moninger (Gartensaal) eine Versammlung statt, in der Genossin Specht über die große deutsche Frage 1848 und jetzt und evtl. Genosse Krieg über Versicherungswesen referieren werden. Pünktliches und zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Na. **Die Heizperiode 1919—1920** ging mit dem 30. April zu Ende. Vom 1. Mai an gelten die neuen Bestimmungen. Zu beliefern waren rund 40 000 Haushaltungen, Gewerbebetriebe und Anstalten, die unter einigermaßen normalen Verhältnissen 135 000 Tonnen erfordert hätten. Die vom Reichskommissär bewilligte Menge betrug jedoch nur 90 000 Tonnen und davon wurden tatsächlich nur 46 000 Tonnen geliefert. Viele Wünsche und Bedürfnisse konnten also nicht befriedigt werden. Ursache aller Mißstände war hauptsächlich die bedauerliche Tatsache, daß im vergangenen Jahre die Wasserverhältnisse des Oberrheins nicht rechtzeitig ausgenützt wurden, um entsprechende Vorräte nach dem Süden zu schaffen. Auch fernerhin muß größte Sparsamkeit geübt und möglichst dafür gesorgt werden, daß die jetzt zur Verteilung kommenden Mengen gleichsam als eiserner Bestand für den Winter gelten. Besonders wird es sich empfehlen, die Bestellung auf die dem Verbraucher zustehenden Mengen rechtzeitig bei dem Lieferanten aufzugeben, um das zustehende Quantum nicht verfallen zu lassen. Eine sofortige Belieferung kann dagegen nicht verlangt werden, da diese sich natürlich ganz nach den jeweiligen Eingängen richtet.

Um eine möglichst gerechte Verteilung der Eingänge zu sichern, ist es dringend erwünscht, wenn jede Unregelmäßigkeit und Ungleichheit in der Belieferung dem Brennstoffamt sofort mitgeteilt und dieses dadurch in den Stand gesetzt wird, etwaige Mißstände zu untersuchen und abzustellen.

= **Die Akademischen Volksunterrichtskurse** veranstalten am Freitag, 7. Mai 1920, im großen Hörsaal des Elektrotechnischen Instituts der Technischen Hochschule (Eingang durchs Hauptportal) abends 8 Uhr einen Vortrag aus dem Gebiet der Elektrotechnik über „Teslaströme". Eine beträchtliche Anzahl interessanter Experimente und Lichtbilder wird die Ausführungen des Vortragenden, Herrn cand. elektr. Dietsche, anschaulich machen. Der Eintritt ist frei. Jedermann ist herzlich willkommen.

* **Die Hauptschriftleitung des „Karlsruher Tageblattes"** hat jetzt Hermann v. Laer übernommen. Er war aktiver Offizier und hatte mit dem Rang eines Majors seinen Abschied genommen.

Colosseum. Seit 1. ds. Mts. wird im Colosseum in einem Gastspiel des Intimen Theaters Trocadero (Direktion Josef Juhasz) etwas Auserlesenes geboten. Es ist, wie schon der Name andeutet, keine Varietevorstellung in großer Aufmachung, sondern mehr eine intime Unterhaltung, die von einer kleinen auserwählten Künstlergruppe geboten wird, die aber in ihrer Eigenart vollkommen befriedigt. Die Palme des Erfolges gebührt nach unserer Meinung in erster Linie dem Wiener Komiker Theo Werner und der lieblichen Solotänzerin Tilly Düring mit ihren eigenen Tanzschöpfungen. Aber die Mitglieder Emil Buschmann (Humorist), Elga Wollberg (Tänzerin) und insbesondere das Künstlerpaar Muki Berger und Hans Roßmann bieten ausgesuchte, gute Leistungen, die dem Gastspiel zur Ehre gereichen und das zahlreich erschienene Publikum auf das gediegenste unterhalten. Wir wünschen dem Intimen Theater einen dauernden Erfolg.

r. **Eine Versammlung der Kriegsgefangenen** hält die Sektion ehemaliger Kriegsgefangenen vom Reichsbund der Kriegsbeschädigten usw. heute abend ½8 Uhr im kleinen Festhallesaal ab. Dazu sind sämtliche Kameraden freundlichst eingeladen.

* **Die neuen Postgebühren treten heute in Kraft.** Wir haben sie im Inseratenteil zum Abdruck gebracht, worauf wir auch an dieser Stelle hinweisen.

* **Merkblatt für die Karlsruher Straßenbahnen.** Der heutigen Stadtauflage liegt ein Merkblatt für die hiesigen Straßenbahnen bei, das vom Straßenbahnamt herausgegeben ist. Es sind darin allerlei Winke enthalten, die im Interesse der Straßenbahnfahrgäste liegen.

* **Das Leder nutzbringend zu verwenden** ist heute infolge der hohen Lederpreise mehr denn je notwendig. Auch älteres Leder oder Polster-, Sattelleder usw. darf man nicht wegwerfen, denn dasselbe kann sehr gut verarbeitet werden zu den so begehrten und recht teuren Schuhschäften. Die Schäftefabrik Stadler in Mühlburg, Rheinstraße 30, hat sich zur Aufgabe gestellt, aus solchem Ledermaterial brauchbare strapazierfähige Schäfte aller Arten anzufertigen, die ein elegantes Aussehen haben und gute Arbeit garantieren. Es wird sich also lohnen, in der heutigen Zeit der teuersten Schuhpreise abgelegtes Polster-, Sattelleder usw. zu Schäften umarbeiten zu lassen, was obige Firma zu einem billigen Preise gerne übernimmt.

H. **Mühlburg.** Gute Fortschritte macht die Abteilung Mühlburg der Freien Turnerschaft, was auch in der letzten vorzüglich verlaufenen Bezirksversammlung zum Ausdruck kam. Trotzdem die Abteilung Mühlburg über eine große Zahl Turner, Turnerinnen und Schüler verfügt, ist eine bessere Unterstützung durch die Arebiterschaft sehr erwünscht, denn gewaltige Aufgaben harren ihrer Erledigung. Es sei hier nur auf den neuen Spiel- und Sportplatz hingewiesen, der große Geldsummen erfordert und jede Abteilung dazu beitragen muß. Auch die Abteilung Mühlburg darf nicht zurückstehen, deshalb Arbeiter und Beamte von Mühlburg, unterstützt dieselbe durch Beitritt und Zeichnung von Anteilscheinen, denn unsere Arbeit gilt dem Volkswohl und der Volksgesundheit.

Pferdedieb. Verhaftet wurde ein Metzger aus Staufenberg, der mit einem Genossen einem Landwirt in Kuppenheim ein Pferd im Werte von 12 000 ℳ gestohlen hat, das sie in Langensteinbach verkauften.

Veranstaltungen.

Instrumental-Verein. Bei dem am nächsten Samstag, den 8. Mai, stattfindenden 2. Volkskonzert wird die seit 1. Mai in Kraft getretene Einlaßgebühr von 20 Pfg. in die Festhalle ausnahmsweise nicht erhoben.

Das 2. Volkskonzert des Instrumentalvereins am nächsten Samstag, den 8. Mai in der Festhalle hat in den Kreisen der arbeitenden Bevölkerung, für welche diese Veranstaltung in erster Linie gedacht sind, ein ganz außergewöhnliches Interesse wachgerufen und dürfte mit einem ausverkauften Hause zu rechnen sein. Das ebenso gewählte wie volkstümlich gehaltene Programm bietet eine Auslese von Werken unserer deutschen Tonheroen und ist auch in der Violinvirtuosin Frl. Anita Portner eine Künstlerin ersten Ranges gewonnen. Für Frl. Friedrich, die dienstlich verhindert ist, haben unsere bewährten Konzertsängerinnen Frau Großkopf-Schuhmacher und Fräulein Theodoline Pracht die Gesangnummer übernommen. — Karten zu 55 Pfg. sind in den Musikalienhandlungen zu haben.

Jugend und Sport.

Schülerturnfahrt der Ost- und Südstadtabteilungen der Freien Turnerschaft.

Auf eine wohlgelungene gemeinsame Schülerturnfahrt können die Abteilungen Ost- und Südstadt der Freien Turnerschaft zurückblicken. Früh morgens fand sich die frohe Kinderschar am Sonntag ein, um sodann unter Führung von Erwachsenen bei fröhlichem Gesang von Turner-, Volks- und Wanderliedern über die Hedwigsquelle nach der St. Barbara-Kapelle zu pilgern. Der Weg war zwar weit, aber ein frisch-fröhliches Wandern, mit den erforderlichen Liedereinlagen lassen die Weite des Weges und eine sich etwa einstellende Müdigkeit vergessen. Auf der Barbara-Kapelle wurden neben der Lösung der Magenfrage Turn- und sonstige Spiele gepflegt und nur zu bald mahnten die Leiter zum Aufbruch. Ueber Reichenbach gings nach Busenbach, wo die ach so teuere Albtalbahn die über 200 Teilnehmer aufnahm, um sie nach der Heimat zu führen. Wohlbefriedigt und auch wohlbehalten kamen die lachenden Kinder bei „Mutter" an und heute noch können sie nicht genug erzählen von ihrer Turnfahrt, bei der es so „arg" schön war. — Zu wünschen wäre, daß in Zukunft auch die Eltern sich beteiligen würden, um den Führern etwas Arbeit abzunehmen und selbst zu sehen, wie gut ihre Kinder bei der Freien Turnerschaft aufgehoben sind.

Turngemeinde Durlach.

(Mitglied des Arbeiter-Turn- und Sportbundes.)

Großes Werk gedeiht — nur durch Einigkeit! So lautet ein alter Turnerspruch und um demselben auch gerecht zu werden, haben sich die Mitglieder der Turngemeinde Durlach und der Freien Turnerschaft zu einem großen Verein, unter dem Namen „Turngemeinde Durlach" (Mitglied des Arbeiter-Turn- und Sportbundes) zusammengeschlossen. Alle Arbeiter, welche noch nicht Mitglied dieses großen Vereins sind, oder noch in den Vereinen der deutschen Turnerschaft sich befinden, sollte diese Vereinigung ein Ansporn sein, sich hier anzuschließen, denn für jeden Arbeiter und Beamten ist in der heutigen Zeit nur der Arbeiter-Turnerbund der richtige Platz, um seinen Sport zu treiben. So wie hier der alte Verein „Turngemeinde" von der deutschen Turnerschaft in den Arbeiter-Turnerbund übergetreten ist, sind in der letzten Zeit schon vielerorts ganze Vereine (in Sachsen sogar ganze Gaue) übergetreten und sollte es, angesichts solcher Tatsachen, in Durlach keinen Arbeiter mehr geben, der seinen Sport anderswo treibt, als in der Turngemeinde Durlach.

Als offizieller Festakt dieses Zusammenschlusses ist für den 18. Juli ds. Js. das 26jährige Stiftungsfest der Turngemeinde, verbunden mit großem Schauturnen, festgelegt und sind alle Vorarbeiten hierzu in Angriff genommen. Es ist deswegen dringend notwendig, daß alle aktiven Turngenossen jetzt in die Turnstunden kommen, um in die verschiedenen Abteilungen eingeteilt zu werden, damit der Verein in ganzer Stärke auftreten kann. Auch findet diesen Sommer noch ein Gruppenturnfest in Grötzingen, sowie das diesjährige Bezirksturnfest in Weingarten statt, wozu der Verein Musterriegen zu stellen hat. Auch dieserhalb ist ein zahlreicher Turnstundenbesuch in allen Abteilungen dringend notwendig. Ferner besteht eine Turnerinnen- und Schülerabteilung und werden die Eltern der schulpflichtigen Mädchen und Knaben gebeten, ihre Kinder dahin ins Turnen zu schicken, wohin Arbeiterkinder gehören, zumal für die Leitung dieser Abteilungen tüchtige turnerische Kräfte zur Verfügung stehen.

Gewerkschaftliches.

Tarifbewegung in der deutschen Tabakindustrie.

Vom Verband der Tabakarbeiter, Gauleitung Heidelberg wird geschrieben:

Die Ende voriger Woche in Baden-Baden stattgefundenen Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband der badischen Zigarettenindustrie, dem freien Tabakarbeiter-Verband und Metallarbeiter-Verband führten zu einer Einigung. Für alle Arbeiter und Arbeiterinnen wurde eine Neuregelung der Grundlöhne plus 100 Prozent vorgenommen. Diese Lohnregelung muß vom 1. April in allen badischen Betrieben nachgezahlt werden. Festgelegt wurde bei den Verhandlungen, daß bei fortschreitender Teuerung eine weitere Lohnregelung zu erfolgen hat. Endlich sind auch die Bezirkslohntarife in der Zigarrenindustrie für Unterbaden, Oberbaden, Württemberg und Bayern in der letzten Sitzung des Zentraltarifausschusses in Kassel genehmigt worden, nachdem noch einige Verbesserungen für die Sortierer, Kistenmacher und Verleiber vorgenommen wären.

Da die festgelegten Löhne für die Zigarrenindustrie durch die verschärfte Teuerung überholt, sind in Kassel weitere Forderungen eingereicht worden. Die Bezirksverbände der Unternehmer nehmen zurzeit zu diesen Forderungen Stellung. Mit dieser Eingabe sollen die Brot- und Kartoffelzulagen abgelöst werden. — Hoffentlich handeln die Firmen zeitgemäß, indem die Arbeiterschaft recht bald in den Genuß der Zulagen kommt.

Die Tabakarbeiter allerorts werden aus Vorstehendem ersehen, daß ohne Organisation diese Erfolge nicht erzielt worden wären. Gewiß sind die tariflichen Abmachungen nicht als etwas Vollkommenes zu betrachten, aber immerhin sind wesentliche Verbesserungen für die große Mehrzahl der Tabakarbeiter herausgeholt worden. Aufgabe der Arbeiterschaft ist es nun, in allen Betrieben zu wachen, daß die Vereinbarungen restlos zur Durchführung kommen. Als bestes Mittel dient dazu die weitere Erstarkung der Organisation. Nehmen wir uns deshalb ein Beispiel an den Unternehmerorganisationen! Lebensaufgabe der Arbeiter ist, nun endlich zur Einsicht zu kommen, alle Vorurteile beiseite zu lassen und für eine einheitliche, große Tabakarbeiterorganisation, das ist der Deutsche Tabakarbeiter-Verband Sitz Bremen, zurzeit annähernd 100 000 Mitglieder, allüberall einzutreten.

Also auf, Tabakarbeiter, Mitglieder in allen Orten, zur restlosen Mitarbeit im vorstehenden Sinne. Auskunft in Lohnfragen und Anmeldungen zum Verband nehmen die örtlichen Verwaltungen entgegen. Wo solche nicht bestehen, wende man sich an die Gauleitung, Ludwig Klein, Heidelberg, Bergheimerstraße 82.

Nur dem gebührt Freiheit und das Leben,
Der sie täglich sich erkämpfen muß!

Briefkasten der Redaktion.

K., Beiertheim. Erstatten Sie Anzeige beim Landespreisamt, Kriegstraße (Grüner Hof).

W., Grünwinkel. Wenn die übrigen Hausbewohner mit dem Fischverkauf nicht einverstanden sind, können Sie nichts dagegen machen.

R. in Waldprechtsweier. Der Besitzer eines Gartens oder Ackers kann verlangen, daß ein hochstämmiger Obstbaum 1.80 Meter von der Grenze entfernt ist. Sträucher und niedere Bäume 45 Zentimeter. Ein Unterschied bei Hochstämmen bezüglich der Obstart besteht nicht.

Schriftleitung: Georg Schöpflin, Verantwortlich: für Artikel, Politische Uebersicht und Letzte Nachrichten Hermann Kadel; für Badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Feuilleton Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Eisele; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Arbeitergesangverein Gleichheit.) Heute Donnerstag 6 Uhr **Ausschuß- und Liederkommissions-Sitzung** im „Scheffelhof". Freitag ½8 Uhr **Singstunde.** Erscheinen aller Sänger unbedingt erforderlich. Sonntag, 9. Mai, Maiausflug nach Stutensee. Abmarsch mit Musik am Durlacher Tor früh 7 Uhr. 3418

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Eheaufgebote: Otto Vogel von hier, Schlosser hier, mit Käthchen Schottmüller von Heidelberg. Karl Buser von Binningen, Zuschläger in Basel, mit Karol. Kistner von Malsch. Alex Bernardiener von Wien, Kaufm. hier, mit Regina Fleischer von Cfozzikow. Manrad Nimmelspacher von Reichenbach, Elektromonteur hier, mit Wilhelmine Wilde von hier. Martin Kratzner von Hanau, Dipl.-Ing. hier, mit Erna Wörner von Unterlenzkirch. Viktor Brutscher von Radolfzell, Lehrer in Heidelberg, mit Berta Fritz von Eisingen. Wilh. Vatter von Ettlingen, Straßenbahnschaffner hier, mit Jakobine Schöppler von Langensteinbach.

Eheschließungen: Karl Andreas von hier, Kanzlei-Assistent hier, mit Lina Meerwarth von Bahnbrücken. Guido Werkmeister von Hockenheim, Handelslehrer in Mannheim, mit Auguste Weber von hier. Erich Freitag von Brandenburg, Kaufmann hier, mit Hedwig Waiz von Basel. Wilhelm Dittes von Diedelsheim, Schutzmann hier, mit Lina Weiß von hier. Wilhelm Reeb von hier, Kaufmann hier, mit Luise Letzle von hier. Adolf Scheurer von Hauingen Stadtmissionar hier mit Ottilie Scheibweiler von Haagen. Georg Kugel von hier, Kaufmann hier, mit Hedwig Götz von hier. Fritz Hemmerle von Rotenfels, Kaufmann hier, mit Berta Hielscher von hier. Ferdinand Hettel von Bietigheim, Nachtpförtner hier, mit Anna Zimmermann von Grüningen.

Geburten. Erwin, V. Wilh. Eisenbeiser, Hallenmeister, alte Elisabeth Käthe, V. Edmund May, Lehramtspraktikant. Elsa, V. Gg. Hefele, Tagl. Elsa Wilhelma, V. Robert Schneider, Eisendreher. Joachim Leonhard Max Clemens, V. Wolfg. Beck, Hauptmann a. D. Margarete, V. Jul. Hügle, Betr.-Assistent. Georg Josef, V. Lorenz Betzler, Weichenwärter. Lothar Heinz, V. Valentin Wipfler, Mechaniker. Robert Josef, V. Robert Grathwohl, Kaufm. Walter Ludwig Heinrich, V. Karl Deicher, Bankbeamter. Heinrich Willi Max, V. Wilh. Müller, Kaufm. Rudi Manfred, V. Rudolf Schätzle, Bahnarb. Gottfried Albert, V. Friedrich Eitlinger, Dr. phil. Fabrikant.

Todesfälle. Marie Dewald, ledig, Telephonistin, alt 33 J. August Oberacker, Ehem., Maurer, alt 37 Jahre. Marg. Karmosin, ohne Beruf, alt 16 Jahre. Adolf Bissinger, Ehemann, Fabrikarbeiter, alt 31 Jahre. Helene Seifried, ledig, ohne Beruf, alt 51 Jahre. Ida Orth, alt 50 Jahre, Ehefrau von Karl Orth, Blechnermeister. Emilie Heimburger, Fabrikarbeiterin, alt 16 Jahre. Adolf Bierhalter, Ehem., Kanzleidiener, alt 50 J. Josef Möhrle, Ehem., Buchdrucker, alt 43 Jahre. August Heneka, Witwer, Landwirt, alt 60 Jahre. Sofie Frey, alt 70 Jahre, Witwe von Karl Frey, Privatm. Jakob Arnold, Witwer, Gärtner, alt 81 Jahre. Lisette Scheidle, alt 27 Jahre, Ehefrau von Otto Scheidle, Landw. Barbara Kraft, alt 32 Jahre, Ehefrau von Karl Kraft, Werkzeugmacher. Wilh. Steinle, Ehem., Lakkierer, alt 55 Jahre. Friederike Baer, alt 76 Jahre, Ehefrau von Aron Baer, Privatmann. Elisabeth Zepfel, alt 37 Jahre, Ehefrau von Karl Zepfel, Uhrmacher.

Stottern.

Ich übernehme die Behandl. Erwachsener und solcher Kinder, in denen schon der eigene Wille zur Mitarbeit vorhanden ist.

Karlsruhe i. B. Liebigstraße 25 Fernruf: 3709 Sprechstunden: Mo. u. Do. 3—4

P. Paschen Mitgl. d. bad. Landestheaters. Lehrer für Stimmpflege und Sprechkunst. 3097

Die weißen **Stoff-Schäfte** von **Stadler** werden überall verlangt, wegen ihrer guten Paßform und sauberen Ausführung. Ein Versuch führt zur Nachbestellung. Stellen des Stoffes vorläufig erwünscht.

Schäftefabrikation, Lederhandlung und Schuhmacherbedarfsartikel

Valentin Stadler, Mühlburg Rheinstraße 30. 3413

Keine Wanze mehr. Kammerjäger Berg's Radikalmittel „Nicodaal". Erfolg verblüffend. - Restl. Vertilg. Beste Zeit z. Brutvernichtung. Kinderleicht anzuwenden, altbewährt. Doppelpack Mk. 4.50. Verkauf bei Drog. O. Fischer, Karlstr. 74, Drog. K. W. Lang, Kaiserstr. 24. 3304 Bitte ausdrücklich nur Nicodaal zu verlangen.

Möbel, Kleider, ganze Haushaltungen sowie Pfandscheine kauft und verkauft zu den reellsten Tagespreisen das An- und Verkaufsgeschäft von **Anton Galler, Kronenstr. 17a**

Durlacher Anzeigen.

Städtische Waldungen.

Wir machen darauf aufmerksam, daß das Abschneiden und Abreißen von Aesten und Zweigen, sowie das Betreten der mit Warnungszeichen oder Verbotstafeln versehenen jungen Kulturen (Schonungen) strengstens verboten ist.

Die Polizei, sowie die Feld- und Waldhut haben Weisung erhalten, alle Uebertretungen sofort zur Anzeige zu bringen, damit wir strafend einschreiten können. 1180

Durlach, den 4. Mai 1920.

Bürgermeisteramt.

Kohlen-Ausgabe.

Die bei Ludwig Kramb, Lammstraße, für das neue Kohlenwirtschaftsjahr 1920/21 eingetragenen Kunden mit den Anfangsbuchstaben A—Zo. können am **Freitag, den 7. Mai 1920,** 2 Ztr. **Braunkohlenbrikett** zum Preise von 16.40 Mark je Ztr. ab Lager Pfingstraße erhalten.

Zufuhr vors Haus 0.80 ℳ, frei Keller 1.80 Mark je Ztr. mehr.

Ueber Mengen, die nicht innerhalb 8 Tagen zur Zufuhr bestellt oder abgeholt sind, kann anderweitig verfügt werden.

Vor der Ausgabe sind die alten Kohlenhefte, die mit dem 1. Mai ungültig geworden sind, bei der Ortskohlenstelle (städt. Gaswerk) gegen neue Hefte umzutauschen. Die Größe der Wohnung (Zimmerzahl) ist dabei anzugeben.

Durlach, den 6. Mai 1920. 3423

Ortskohlenstelle.

Lebensmittel-Versorgung.

Vom **Freitag, den 7. ds. Mts.,** ab erfolgt die Abgabe der bestellten Erbsen und Bohnen im städt. Verkauf. Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß die Besteller nicht gezwungen sind, die bestellten Hülsenfrüchte auf einmal abzunehmen. Auch diejenigen Familien, die Erbsen und Bohnen s. Zt. nicht bestellt haben, können solche in jeder beliebigen Menge erhalten. Der Preis für 1 Pfd. Erbsen beträgt 3.15 ℳ, für 1 Pfd. Bohnen 3.40 ℳ. 1181

Durlach, den 5. Mai 1920.

Kommunalverband Durlach-Stadt.

Eier-Versorgung.

Wir machen die hiesigen Hühnerhalter, die mit der Ablieferung der ihnen aufgegebenen Zahl von Eiern noch im Rückstand sind, darauf aufmerksam, daß die Ablieferung bis spätestens 1. Juni ds. Js. erfolgt sein muß. Gegen die Säumigen wird unnachsichtlich Strafantrag gemäß § 12 der Verordnung vom 29. Januar ds. Js. betr. die Versorgung mit Eiern gestellt werden. 1183

Durlach, den 5. Mai 1920.

Kommunalverband Durlach-Stadt.

Kartoffel-Versorgung.

Kartoffeln

Freitag Vormittag	an die Buchstaben	J und K
Freitag Nachmittag	„ „ „	L und M
Samstag Vormittag	„ „ „	N, O, P, Q, Ru, S
Samstag Nachmittag	„ „ „	Sch. Sp. St. T, U, V, W u. Z.

Die Kartoffeln werden für 4 Wochen ausgegeben und zwar **pro Kopf 20 Pfd.** Preis **pro Pfund 35 Pfg.** Die Kartoffelausgabe findet in der Turnhalle der Friedrichsschule statt. 1182

Durlach, den 5. Mai 1920.

Kommunalverband Durlach-Stadt.

Lebensmittel-Versorgung.

Von morgen Freitag ab wird von den hiesigen Geschäften der für den Monat Mai d. Js. zuständige Zucker von 1½ Pfd. pro Kopf und Monat ausgegeben. Preis pro Pfund 1.80 ℳ. Außerdem kommen pro Kopf der Bevölkerung zur Ausgabe 125 Gramm Marmelade, das Pfd zu 6.20 ℳ und 125 Gramm Haferflocken, Preis wie bisher. 1184

Durlach, den 6. Mai 1920.

Kommunalverband Durlach-Stadt.

Die Städtische Sparkasse Durlach hat ihre Kassenstunden nunmehr wie folgt festgesetzt:

Samstags 8—½1 Uhr

an den übrigen Werktagen:

vormitt. 8-12 Uhr, nachmitt. 2-4 Uhr.

Der Verwaltungsrat. 3074

Rastatter Anzeigen.

Infolge der Erhöhung der Mehlpreise und der hohen Preise der zur Streckung verwendeten Streckungsmittel zusammen mit den bedeutend gestiegenen Kohlenpreisen müssen die Brotpreise von morgen Donnerstag ab wie folgt festgesetzt werden:

großer Laib 1500 Gramm 4.20 ℳ,
kleiner Laib 750 Gramm 2.10 ℳ,
Krankenbrot 120 Gramm 0.40 ℳ.

Rastatt, den 5. Mai 1920. 1179

Kommunalverband Rastatt-Stadt.

Kartoffel-Ausgabe.

am **Freitag, den 7. ds. Mts.,** für diejenigen Familien und Einzelpersonen, die ihren Bedarf wochenweise zu beziehen angemeldet haben. Jede Person erhält 30 Pfund à 35 Pfg.

Am **Samstag, den 8. ds. Mts.** für diejenigen Familien und Einzelpersonen, die ihren Bedarf zentnerweise vom Kommunalverband zu beziehen angemeldet haben. Jede Person erhält 30 Pfund à 35 Pfg. Bezugsberechtigt sind die Buchstaben A—K. 1178

Rastatt, den 6. Mai 1920.

Kommunalverband Rastatt-Stadt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Lebensmittel

Lebende Rheinfische.

Feinstes Apfelmus, Dose 1/1 Kilo 5.95
Zuckergesüsst, vorzügl. im Geschmack
Dose 1/2 Kilo 3.15
Birnen, Halbfrucht, Zucker gesüsst
1/1 Kilo 6.75
Sauerkirschen — Tomatenpuree
Handkäse — Tilsiterkäse
Würstchen in Dosen — Sardellenleberwurst, Delikatessleberwurst (Kanin), Delikatess-Sauerkraut, garniert, Corned beef — Ochsenmaulsalat
Hahn mit Reis — Würstchen mit Bohnen
Aal in Gelee — Hering in Gelee
Rollmops Bismarckheringe — Sardinen
Grosse Salzheringe und Fettheringe
Kieler Bücklinge — Lachsheringe
Essiggurken — Salzgurken — Mixed Pickles
Gebrannter Kaffee — Tee — Kakao
Haferkakao — Haferflocken
Linsen — Bohnen — Erbsen
Reismehl — Linsenmehl — Erbsenmehl
Puddingpulver — Backpulver — Vanillinzucker
Keks — Tafelschokolade — Pralinen
Echtes Schwarzwälder Kirschwasser
Cognac — echte Liköre — Südweine
Obst-Schaumwein. 3425

Hermann TIETZ

Für Wahlzwecke

einige Millionen Briefumschläge billig abzugeben. 3424
Pakuv, G. m. b. H., Karlsruhe
Kaiserstr. 14a. Tel. 5755.

Achtung!

Sämtliche ehemal. kriegsgefangene Kameraden

werden hiermit zu der heute Donnerstag abends 1/2 8 Uhr im „Kleinen Festhallesaal" stattfindenden

Versammlung

freundlichst eingeladen. 3421

Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer u. Kriegshinterbliebenen
Bezirksverein Karlsruhe
Sektion ehemaliger Kriegsgefangener.

NB. Die auf Freitag, den 7. d. Mts., anberaumte Mitgliederversammlung findet nicht statt.

Sängerbund Vorwärts 1890 Karlsruhe

Samstag, den 8. Mai, abends halb 8 Uhr, im Grünwald

außerordentliche

Mitgliederversammlung

Wichtiger Tagesordnung halber ersuchen wir um zahlreiches Erscheinen.

Donnerstag, den 13. Mai, (Himmelfahrt)

Mai-Ausflug mit Musik

nach der Hedwigsquelle. Abmarsch 1/2 7 Uhr „Tivoli" Ecke Rüppurrer- und Nebeniusstraße. Mundvorrat ist mitzunehmen. Die Verwaltung.

Bei ungünstiger Witterung wird näherer Termin bekannt gegeben.

NB. Freitag, den 7. Mai 1920, abends 1/2 7 Uhr Verwaltungssitzung im „Deutschen Kaiser".

Samstag, den 8. Mai 1920, abends 3/4 7 Uhr (vor der Versammlung) treffen sich die Sänger Ecke Rüppurrer- und Schützenstraße zwecks Ehrung eines aktiven Mitgliedes. 3422

Ein Paar weiße
Damenschuhe
(Größe 39) für 120 Mk. zu verkaufen.
Morgenstr. 51, part.

3103
Lumpen Papier Felle
Roßhaare, Metalle, Eisen, Keller- und Speicherkram kauft: Feuerstein, Fasanenstr. 26, Tel. 3481
Für Händler Vorzugspr.

Post- und Telegraphengebühren

Ab 6. Mai 1920

im inneren Verkehr des Reichs-Postgebiets sowie im Verkehr mit Freistaat Danzig, Luxemburg, Memelgebiet, Oesterreich, Ungarn, Westpolen (die an Polen abgetretenen deutschen Gebiete).

Briefe bis 20 g . . . . . 40 ₰
über 20—250 g . . . . 60 „
Uebriges Ausland
bis 20 g . . . . . 80 „
für jedeweiteren 20 g 60 „
(ohne Meistgewicht).

Postkarten . . . . . 30 „
Uebriges Ausland . . . . . 40 „

Drucksachen
bis 50 g . . . . . 10 „
über 50—100 g . . . . 20 „
über 100—250 g . . . 40 „
über 250—500 g . . . 60 „
über 500 g—1 kg . . 80 „
Uebriges Ausland
für je 50 g . . . . . 20 „
(Meistgewicht 2 kg).

Geschäftspapiere
bis 250 g . . . . . 40 „
über 250—500 g . . . 60 „
über 500 g—1 kg . . 80 „
Uebriges Ausland
für je 50 g . . . . . 20 „
mindestens . . . . . 80 „
(Meistgewicht 2 kg).

Warenproben
bis 250 g . . . . . 40 „
über 250—500 g . . . . . 60 „
jedoch Luxemburg u. Ungarn
bis 250 g . . . . . 40 „
über 250—350 g . . . . . 60 „

Mischsendungen
bis 250 g . . . . . 40 „
über 250—500 g . . . . . 60 „
über 500 g — 1 kg . . . 80 „

Päckchen
(unzulässig nach dem Saargebiet, Luxemburg, Oesterreich, Ungarn)
bis 1 kg . . . . . 1 ℳ

Postauftragbriefe . . . . 1.50 ℳ

Briefe mit Wertangabe
bis 20 g . . . . . 90 ₰
über 20—250 g . . . . 1.10 ℳ
dazu eine Versicherungsgebühr von . . . . . 1 ℳ
für je 1000 ℳ Wertangabe

Postanweisungen
bis 50 ℳ . . . . . 50 ₰
über 50 „ 250 „ . . . . . 1 ℳ
„ 250 „ 500 „ . . . . 1.50 ℳ
„ 500 „ 1000 „ . . . . . 2 „

Pakete (Meistgewicht 20 kg)

	Nahzone	Fernzone
bis 5 kg	1 ℳ 25 ₰	2 ℳ — ₰
üb. 5—10 kg	2 „ 50 „	4 „ — „
„ 10—15 kg	5 „ — „	8 „ — „
„ 15—20 kg	8 „ — „	12 „ — „

Einschreibpakete
tritt eine Einschreibgebühr von . . . . . 50 ₰

Pakete mit Wertangabe
die Einschreibgebühr v. 50 ₰
und eine Versicherungsgebühr bis 500 ℳ . . . . 1 ℳ
über 500 ℳ für je 1000 ℳ Wertangabe mehr . . . . 2 ℳ

Jedem Paket ist eine Paketkarte beizugeben

Eilbestellung bei Vorausbezahlung
1. nach dem Ortsbestellbezirk:
a) für eine Briefsendung 1 ℳ
b) für 1 Paket . . . . . 1.50 ℳ
2. nach dem Landbestellbezirk:
a) für eine Briefsendung 2 ℳ
b) für ein Paket . . . . . 3 „

Sonstige Gebühren:

Einschreibgebühr . . . . . 50 ₰
Uebriges Ausland . . . . 80 ₰

Gebühr für das Vorzeigen von Nachnahmesendungen:
Briefsendungen . . . . 50 „
Pakete . . . . . 1 ℳ

Ausfertigungsgebühr f. das Ueberweisungstelegramm bei telegraphischen Postanweisungen . . . . . 50 ₰

Gebühr für dringende Pakete . . dreifache Paketgebühr außer der Eilbestellgebühr

Zustellungsgebühr . . . . 50 ₰

Rückscheingebühr . . . . . 50 „

Einlieferungsgebühr f. außerhalb der Schalterstunden eingelief. Einschreibsendungen und Pakete . . . . . 1 ℳ

Gebühr für Unbestellbarkeitsmeldungen . . 1 „

Gebühr für Erlaß eines Laufschreibens . . . . . 1 „

Gebühr f. Bestellschreib. wegen Nachlieferung von Zeitungen . . . . . 50 ₰

Zeitungsüberweisungsgebühr . . . . . 2 ℳ

Zuschlaggebühr für jede postlagernde Sendung 10 ₰

Paketlagergebühr tägl. 30 „

Allen Postsendungen, mit Ausnahme der gewöhnlichen und eingeschriebenen Briefe und Postkarten im innerdeutschen Verkehr unterliegen dem Freimachungszwang.

Die Gebühr für gewöhnliche Telegramme beträgt:
im Stadtverkehr . . . . . für das Wort 8 ₰, mindest. 80 ₰
im sonst. inländischen Verkehr „ „ „ 10 ₰, „ 1 ℳ

Volkshuchhandlung Karlsruhe i. B.

Die Stimme aus dem Grabe

Reden von
JEAN JAURES
Gesammelt u. besprochen von VICTOR SCHIFF
Preis Mk. 1,50

Weisser Fluss
zu starke und schmerzhafte
Regel
heilt sicher
Robert Schneider,
Vertreter der Naturheilkunde
Anatomisch-physiologisch gebildet
Berater der Naturheilvereine Karlsruhe, Pforzheim u. Umgegend
Karlsruhe
Tel. 1741. Kaiserstr. 40.
(21 Jahre hier am Platze.) 3234
Sprechstunde:
7—1/2 9 Uhr, 1—4 Uhr
Samst. u. Sonnt. unbest.

Hasen-Stall
Steilig, gut erhalten, billig zu verkaufen
Gartenstadt Asternweg 52

Zu verkaufen:
Stühle und ein Kindersitzwagen. 3426
Augartenstr. 75, 4. St.

Städt. Badanstalt
(Vierordtbad)
Karlsruhe
Medizin. Bäder.
Fichtennadel-Salz (Rappenauer oder Stassfurter).
Mutterlauge und Schwefel- (Thiopinol-)Bäder. 21
Badezeit f. Herren u. Damen: Vorm. von 9—1 Uhr und nachm. v. 2 1/2—7 1/2 Uhr. Samstags bis 8 1/2 Uhr.
An Sonn- und Feiertagen geschlossen.

Grund- und Hausbesitzer-Verein Karlsruhe E. V.

Am Freitag, den 7. Mai 1920, abends halb 9 Uhr, findet im Saal III der Brauerei „Schrempp", Waldstraße 16/18, eine

Mitgliederversammlung

statt, mit folgender Tages-Ordnung:
1. Neuwahl des 1. Vorsitzenden und Kassiers.
2. Mitteilung über das neue Verbandsorgan.
3. Aussprache über zur Zeit schwebende Fragen.

Sämtliche Mitglieder werden dringend eingeladen. Insbesondere wünschen wir eine rege Beteiligung der Frauen. 3417
Der Vorstand.

Badisches Landestheater.
Donnerstag, den 6. Mai 1920 1177
Die selige Exzellenz
Lustspiel in drei Akten von Presber u. Stein
Anfang 7 Uhr. Mk. 9.30 Ende 1/2 10 Uhr.

Im Landestheater. Spielplan vom 8. bis 16. Mai. Sa. 8. * „Die selige Exzellenz" (Gr. Pr.) 7. — So. 9. „Die Zauberflöte" (Erh. Pr.) 6 1/2. — Die. 11. * „Salome" (Hohe Pr.) 7 1/2. — Mi. 12. * Zum erstenmal: „Die Marquise von Arcis", Schauspiel in 5 Aufz. v. Carl Sternheim (Gr. Pr.) 7. — Do. 13. * „Margarete" (Erh. Pr.) 6. — Sa. 15. * „Die Marquise von Arcis" (Gr. Pr.) 7. — So. 16. „Tannhäuser" (Erh. Pr.) 5 1/2.

Im Konzerthaus. So. 9. * „Flachsmann als Erzieher" (Gr. Pr.) 6 1/2. — Do. 13. * „Alt-Heidelberg" (Gr. Pr.) 6 1/2. — So. 16. * „Flachsmann als Erzieher" (Gr. Pr.) 6 1/2.

Zu den mit * bezeichneten Vorstellungen gelten die Vorzugskarten. Umtausch und Verkaufszeiten wie üblich. (Siehe Theaterzettel.)

Bekanntmachung über den Verkauf von Männeranzügen, Hosen u. Knabenanzügen

Zur Abgabe an Minderbemittelte hat die Städt. Bekleidungsstelle je einen Posten:
Männeranzüge in d. Preislage v. 190—780 ℳ
Männerhosen in der Preislage von 41— 91 ℳ
Knabenanzüge in der Preislage von 65—300 ℳ
bereitgestellt.

Der Verkauf erfolgt gemäß den unterm 26. vor. Mts. in den Tageszeitungen vom Bürgermeisteramt veröffentlichten Richtlinien, zunächst durch Einzeichnungen in Bestellkarten, die in der Bekleidungsstelle aufliegen, woselbst auch die Kleidungsstücke besichtigt werden können.

Nach Prüfung und amtlicher Abstempelung der Bestellkarte werden diese den als bezugsberechtigt Anerkannten zugesandt und sind beim Kauf der Ware der Bekleidungsstelle auszuhändigen.

Der Verkauf erstreckt sich auf Einkommens-Gruppe A und B.

Karlsruhe, den 4. Mai 1920 1175
Städtische Bekleidungsstelle.
Neue Städt. Ausstellungshalle. Eing. Gartenstr.

Städt. Fischhalle

im Sallenwäldchen.
Freitag von 8—12 Uhr vorm., von 3—5 Uhr nachm. und soweit Vorrat auch Samstag vorm. von 8—1 Uhr
Verkauf frisch eingetroffener
Seefische.
Packmaterial ist mitzubringen. Die grüne Lebensmittelausweiskarte ist vorzuzeigen 1187
Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Weißer Käse.

Verkauf von weißem Käse Freitag, den 7. Mai bis Montag, den 10. Mai 1920, in den Fettverkaufsstellen Nr. 193 bis einschließlich Nr. 198 an die dort eingetragene Kundschaft, gegen die Warenmarke K 137. Kopfmenge 1/4 Pfund. Preis Mk. 2.60 für das Pfund.
Karlsruhe, den 5. Mai 1920. 1186
Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Tüchtige Maschinenschreiberin und Stenotypistin 3418

zum möglichst umgehenden Eintritt gesucht. Persönliche Vorstellung vormittags zwischen 9—11 Uhr in meinem Büro Kaiserstr. 138. Zeugnis mitbringen.
Kunstgewerbehaus **C. F. Otto Müller.**

Daniels Konfektions-Haus
Tel. 1846. Wilhelmstr. 34. 1 Treppe.
Jackenkleider aus guten Stoffen . . . . . Mk. **150** an
Seid. **Jackenkleider** „ **275** an
Kostümröcke . . . . „ **42** an
Voileblusen . . . . . „ **35** an
Frühjahrsmäntel . „ **130** an
— Keine Ladenspesen. — 3376

Höchstpreise für Brennholz betr.

Die Bekanntmachung vom 28. Januar 1920 betreffend Höchstpreise für Brennholz (Staatsanzeiger Nr. 26 vom 31. Januar 1920) wird wie folgt geändert:

I. In § 4 Abs. 2 wird statt „Forstwart" gesetzt „Forstamt".

II. Die §§ 6 Abs. 1 und 8 erhalten folgende Fassung:

§ 6 Abs. 1.

Eine Erhöhung der nach §§ 2, 3, 4 und 5 festgesetzten Höchstpreise kann das Forstamt, dem der Wald forstpolizeilich unterstellt ist, gestatten, falls ungewöhnlich hohe Zurichtungs- und Bringungskosten erwachsen sind, die den festgesetzten mittleren Betrag in dem in Frage kommenden Forstbezirk wesentlich übersteigen. Die Erhöhung hat entsprechend dem Steigen der Zurichtungskosten zu erfolgen und darf höchstens 40 v. H. betragen. Wo der um 40 v. H. erhöhte Höchstpreis die Zurichtungs- und Bringungskosten nicht deckt, darf er diesen Kosten gleichgesetzt werden. Die für Anwendung der Höchstpreise maßgebenden mittleren Zurichtungs- und Bringungskosten werden von der Landesbrennholzstelle festgesetzt.

§ 8.

Der Preis für Abfallholz der Sägewerke und sonstiger holzverarbeitender Betriebe sowie für das aus Scheit- und Prügelholz hergestellte Bündelholz beim Verkauf durch den Erzeuger darf höchstens betragen:

I. Bei Bündelholz frei Eisenbahnwagen oder bei unmittelbarer Abgabe an den Verbraucher in kleinen Mengen ab Werk für ein Bündel:
1. bei einer Länge von mindestens 20 und weniger als 25 Zentimeter:
a) wenn der Durchmesser mindestens 30 Zentimeter beträgt 100 Pf.;
b) wenn der Durchmesser mindestens 23 und weniger als 30 Zentimeter beträgt 80 Pf.;
c) wenn der Durchmesser mindestens 20 Zentimeter und weniger als 23 Zentimeter beträgt, 65 Pf.
2. Bei einer Länge von mindestens 25 Zentimeter:
a) wenn der Durchmesser mindestens 30 Zentimeter beträgt 115 Pf.;
b) wenn der Durchmesser mindestens 23 und weniger als 30 Zentimeter beträgt, 95 Pf.;
c) wenn der Durchmesser mindestens 20 und weniger als 23 Zentimeter beträgt, 75 Pf.

II. Bei Bündelwellen, welche eine Länge von 90 bis 100 Zentimeter und einen Durchmesser von 20 bis 25 Zentimeter besitzen, für eine Welle frei Eisenbahnwagen 220 Pf.

III. Bei Schwarten und sonstigem Abfallholz:
1. Sägefallend ohne weitere Bearbeitung:
a) frei Eisenbahnwagen für je 10 Tonnen (200 Zentner) 1200 ℳ;
b) ab Werk bei Abgabe unmittelbar an den Verbraucher in Mengen bis zu 10 Zentnern für einen Zentner 6,25 ℳ;
2. Geschnitten auf Längen von 80 bis 100 Zentimeter:
a) frei Eisenbahnwagenn für je 10 Tonnen (200 Zentner) 1550 ℳ;
b) ab Werk bei Abgabe unmittelbar an den Verbraucher in Mengen bis zu 10 Zentner für einen Zentner 8 ℳ.
3. Geschnitten auf Längen unter 80 Zentimeter:
a) ungebündelt frei Eisenbahnwagen für je 10 Tonnen (200 Zentner) 1800 ℳ;
b) ungebündelt ab Werk bei Abgabe unmittelbar an den Verbraucher in Mengen bis zu 10 Zentnern für einen Zentner 9,25 ℳ.

Diese Bekanntmachung tritt mit dem Tage ihrer Verkündigung in Kraft.

Karlsruhe, den 21. April 1920.
Badisches Ministerium des Innern.
Remmele. Braun.

Vorstehende Bekanntmachung bringen wir zur allgemeinen Kenntnis. O.Z. 161.
Karlsruhe, den 26. April 1920. 1185
Bezirksamt II.

Den Verkehr mit Heu aus der Ernte 1920 betr.

Das Bad. Ministerium des Innern hat unterm 20. ds. Mts. folgende Verordnung erlassen:

§ 1.

Die Versteigerung von Heu- und Oehmdgras, Klee aller Art sowie von Kleegrasgemenge auf dem Halm sowie nach dem Schnitt ist verboten.

§ 2.

Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschrift werden mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 ℳ bestraft.

Dies bringen wir zur allgemeinen Kenntnis.
Karlsruhe, den 27. April 1920. 1184
Bezirksamt II. O.Z. 159.

Bekanntmachung.

Wir geben erneut bekannt, daß die Mitglieder unseres Vereins, dem sämtliche hiesige Spediteure und Fuhrunternehmer angehören, die ihnen zugehenden Aufträge nur zu den jeweils bekannt gemachten Tarifen und Geschäftsbedingungen, insbesondere den allgemeinen Beförderungsbedingungen des Vereins deutscher Spediteure übernehmen.

Besonders machen wir darauf aufmerksam, daß infolge der außerordentlichen Wertsteigerung aller Güter einerseits und der erhöhten Unsicherheit anderseits die Ersatzpflicht des Unternehmers bei Beförderung oder Lagerung von Gütern für alle Schäden, die durch Verlust, Minderung, Beschädigung oder verspätete Ablieferung der Güter entstehen, auf das Höchstmaß von Mk. 1.20 für jedes Kilo Bruttogewicht beschränkt ist, wie dies auch in anderen Städten schon seit längerer Zeit gilt. Wir müssen es unsern verehrlichen Auftraggebern überlassen, sich zwecks Deckung höherer Werte durch Selbstversicherung zu schützen.

Karlsruhe, 4. Mai 1920. 3420
Vereinigung der Spediteure und Fuhrunternehmer in Karlsruhe u. Umgebung e. V.